Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr), Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung / Iserlohner Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 53 (Erstes Blatt) — **Schwerte (Ruhr), Donnerstag, den 4. März 1926.** — **59. Jahrgang.**

Neues in Kürze.

Die Fürstenabfindungsfrage.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Die Verhandlungen der Reichstagsparteien nach einem Kompromiß in der Fürstenabfindungsfrage werden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fortgesetzt. Irgendein Ergebnis ist jedoch vor Anfang der nächsten Woche nicht zu erwarten.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

pw. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Dr. Prondzynski, ist in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen werden in diesen Tagen wieder aufgenommen werden.

Besprechungen über elektrowirtschaftliche Fragen.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der Amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Am 3. März fand im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe unter dem Vorsitz des Handelsministers eine Besprechung der schwebenden elektrowirtschaftlichen Fragen statt, an der Oberbürgermeister Bracht und Landeshauptmann Horion aus Düsseldorf, Generaldirektor Dr. Vögler und Generaldirektor Silverberg teilnahmen. Ueber die Grundlage einer Verständigung bestand Uebereinstimmung.

Vom Fememordprozeß Schultz.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Wie der Amtliche preußische Pressedienst erfährt, wird die Hauptverhandlung in Landsberg a. d. Warthe gegen Oberleutnant a. D. Schultz u. Gen. wegen Ermordung des Angehörigen der Schwarzen Reichswehr Gröschke am 15. März nicht stattfinden können, da eine weitere Aufklärung erforderlich geworden ist.

Das Mieterschutzgesetz.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen setzte die Generaldebatte über die Novelle zum Mieterschutzgesetz fort. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Möglichkeiten der Verschleppung von Entscheidungen bei Räumungsklagen, sowie die unhaltbare Ausnutzung der Räume durch Mieter den Untermietern gegenüber zu vielerlei Unzuträglichkeiten führen. Eine Wiederherstellung des völligen freien Verfügungsrechtes unter Außerachtlassung eines ausreichenden Mieterschutzes sei aber jetzt noch nicht angängig. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ueberzeichnung der thüringischen Staatsanleihe.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Die Zeichnung auf die 7prozentige thüringische Staatsanleihe für 1926, die bekanntlich von einem Konsortium unter Führung des Bankhauses Mendelssohn u. C., Berlin, und der Reichskreditgesellschaft, A.-G., Berlin, übernommen ist, wurde heute, wie der WTB-Handelsdienst meldet, nach Ueberzeichnung durch Sperrstücke vorzeitig geschlossen.

Verrat militärischer Geheimnisse.

wtb. **München,** 3. März. (Tel.) Das Schöffengericht München verurteilte den Kaufmann Wilhelm Förster aus Nürnberg wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 7 Monaten Gefängnis, den Mechaniker Gustav Neuhierl aus Nürnberg unter Einbeziehung einer anderen Strafe wegen des gleichen Vergehens zu insgesamt 1 Jahr und 10 Monaten Gefängnis. Förster wurden 6 Wochen, Neuhierl 1 Monat der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

van Hamel in Danzig eingetroffen.

wtb. **Danzig,** 3. März. (Tel.) Der neue Völkerbundskommissar, Professor van Hamel, der heute vormittag hier eingetroffen und mittags vom Senat empfangen war, empfing nachmittags die Vertreter der Danziger, der reichsdeutschen und der polnischen Presse. Bei diesem Empfang erklärte er, er werde stets bestrebt sein, die Harmonie zwischen Danzig und Polen zu fördern und möchte von beiden als Freund betrachtet werden.

Hollands Beteiligung an der deutschen Städteanleihe.

wtb. **Amsterdam,** 3. März. (Tel.) Auf die holländische Tranche im Betrage von 1½ Millionen Dollar der vereinigten deutschen Städteanleihe des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sind die Zeichnungen in einem solchen Umfange eingegangen, daß die Zuweisungen ansehnlich beschränkt werden müssen.

Steuerproteste in Paris.

wtb. **Paris,** 3. März. (Tel.) Heute nachmittag haben drei Protestversammlungen stattgefunden, die von Vereinigungen der Kaufleute und Industriellen einberufen waren, um gegen die ungerechte Verteilung der Steuerlasten, gegen gewisse Bestimmungen des Mietergesetzes und gegen den Grundsatz, Steuern mit rückwirkender Kraft zu beschließen, zu protestieren. Eine große Anzahl von Geschäften waren entsprechend dem erlassenen Aufruf heute nachmittag geschlossen. Die Forderungen der Kaufleute werden durch eine Abordnung heute dem Präsidenten der französischen Kammer übermittelt werden.

Rücktritt des griechischen Ministeriums.

wtb. **Paris,** 3. März. (Tel.) Der Korrespondent des Temps in Athen berichtet, sämtliche Minister hätten gestern dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt, um General Pangalos zu ermöglichen, die Umbildung des Kabinetts durchzuführen. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird noch heute bekannt gegeben werden.

Japan und der Völkerbundsrat.

wtb. **Tokio,** 3. März. (Tel.) Die Regierung beabsichtigt nicht, sich vor dem Zusammentreten der Völkerbundsversammlung über ihre Stellungnahme zur Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates zu äußern, da sie der japanische Delegation nicht die Hände zu binden wünscht.

Handel und Gewerbe im Februar 1926.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Nach den Berichten der preußischen Handelskammern, die im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellt sind, stellt sich die Lage von Handel und Gewerbe im Februar 1926 folgendermaßen dar:

Die Wirtschaftslage Deutschlands hat sich von ihrem Tiefstand noch nicht erholt. Die Lage des Arbeitsmarktes ist weiterhin sehr schlecht. Die Schlüsselindustrien (Kohle und Eisen) leiden nach wie vor schwer. Die Lage der Textilindustrie hat sich noch etwas verschlechtert. Nur einzelne Wirtschaftszweige, wie Kaliindustrie und die Nahrungsmittel-Gewerbe, zeigen besseren Absatz.

Der Ausfuhr-Ueberschuß von 87 Millionen Mk. im Januar gegenüber 36 Millionen Mk. im Dezember ist erfreulich, darf aber nicht zu weitgehenden Schlüssen verleiten. Die Großhandels-Meßziffer ging im Januar gegenüber Dezember um 1,2 Prozent zurück; sie beträgt jetzt 120. Gegenüber Januar 1925 ist die Meßziffer der Industriestoffe um 6,8 v. H. und die der Agrar-Erzeugnisse um 16,6 v. H. gefallen. Gegenüber Januar 1921 ist die Meßziffer der Industriestoffe um 9,5 v. H. gefallen, während die der Agrar-Erzeugnisse um 11,2 v. H. gestiegen ist. Das deutsch-französische Teilabkommen vom 12. Februar 1926, sowie das Gesetz vom 16. Februar 1926 über das vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Spanien und das vorläufige Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei zeigen gewisse Fortschritte auf dem Gebiete der Handelsverträge. Auch das deutsch-russische Handelsabkommen ist nach Austausch der Ratifikation in Kraft getreten.

Die Steuersenkungsmaßnahme des Reiches wird von der Wirtschaft im allgemeinen freudig begrüßt; doch wird erwartet, daß die Länder und Gemeinden ebenfalls zu Steuersenkungen übergehen.

Deutscher Einspruch gegen die polnische Pressekampagne.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der deutsche Gesandte in Warschau hat am 1. d. Mts. im Auftrage der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in welcher gegen die zügellose polnische Pressekampagne, die aus Anlaß der letzten Deutschen Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien, insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Kattowitz gerichtet worden sind, schärfster Protest eingelegt wird. In der Note wird nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß trotz der auf die entsprechenden ernsten Vorstellungen des deutschen Generalkonsuls erfolgten Versprechungen des Kattowitzer Wojewoden Abhilfe nicht geschaffen wurde und daß jener weiter den Presseangriffen, die ihm Spionagetätigkeit vorwarfen, ausgesetzt blieb. Es ist in der Note auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Ortsbehörden sehr wohl in der Lage waren, diesen allen internationalen Gepflogenheiten widersprechenden Ton der Presse zu mäßigen; seien doch gleichzeitig mehrfach deutschsprachige Zeitungen wegen Auslassungen beschlagnahmt worden, die an dem Vorgehen der polnischen Parteien Kritik übten.

Der Kompromißvorschlag Vanderveldes.

KB **Brüssel,** 3. März. Der belgische Außenminister Vandervelde hielt heute in der Kammer eine Rede, in der er sich mit der Erweiterung des Völkerbundsrats beschäftigte und sich über die Haltung der belgischen Regierung äußerte. Den Inhalt dieser Rede Vandervelde, die den Beifall der Kammer fand und die augenscheinlich auch die Meinung der belgischen Regierung wiedergibt, faßt der hiesige Berichterstatter der Köln. Ztg. in einer telegraphischen Meldung folgendermaßen zusammen:

„Vandervelde will nicht, daß jetzt schon über die Erweiterung des Rats Beschlüsse gefaßt werden, sondern daß man sich auf die Erteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland beschränke. Er ist gegen einen ständigen Sitz zum mindesten für Polen und Brasilien, da er davon eine schädliche weitere Ausdehnung des Rats befürchtet. Er rechnet nicht mit einem ständigen Sitz für Belgien und wäre dementsprechend auch nicht für einen Kuhhandel, bei dem er gegebenenfalls, um selbst einen ständigen Sitz zu erhalten, für Polens ständige Kandidatur einträte. Er stellt in den Vordergrund der Erörterungen über den Rat eine endgültige Ordnung der Dauer und der Reihenfolge bei der Besetzung der nichtständigen Sitze. Dabei verfolgt er, wie es scheint, zwei Ziele: Einmal sichert er, wie es auch Schweden will, eine gewisse Unparteilichkeit für die Verteilung der nichtständigen Sitze, was auch Belgien zugute käme, zum andern aber, und das dürfte das Bedeutsamste an der Rede sein, gibt er damit die **Grundlagen für ein Kompromiß in Genf.** Der Wunsch Frankreichs, Polen im Rat zu haben und das Widerstreben der öffentlichen Meinung Englands, des Interesses des Völkerbundes und vor allem Deutschlands, Polen für immer im Rat zu haben, sei es mit einem förmlich ständigen Sitz, sei es mit einem nichtständigen Sitz, der aber nie gekündigt würde, sollen sich auf der Grundlage einer festen Wahlordnung für die nicht ständigen Sitze, durch die Polen in den Rat hinein käme, aber auch wieder herausgelangen müßte, begegnen. Dieses Kompromiß dürfte in Genf noch eine Rolle spielen. Die Rede zeigt jedenfalls, daß Vandervelde keineswegs gewillt ist, die einseitige Adjutantenpolitik seiner Vorgänger an der Seite Frankreichs mitzumachen, und daß er augenscheinlich gesonnen ist, soweit es für einen belgischen Politiker möglich ist, zur Stärkung des Völkerbundes und des internationalen Einvernehmens beizutragen."

Der Entwurf des Städtebaugesetzes.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Im Dienstgebäude des Ministeriums für Volkswohlfahrt fand, wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, heute unter dem Vorsitz des Ministers Hirtsiefer eine Aussprache über den Referentenentwurf für das Städtebaugesetz statt, woran Vertreter der preußischen Kommunalverbände, aus landwirtschaftlichen Grundbesitzerkreisen, der gewerkschaftlichen Verbände, dem Bunde Deutscher Bodenreformer, den Baugenossenschaften, der deutschen Architekten und Städtebauer und der siedlungswissenschaftlichen Vereinigungen teilnahmen. Es wurde an Hand der eingegangenen schriftlichen Gutachten zu den Grundfragen der Flächenaufteilungspläne bezüglich ihrer Festsetzung und Genehmigung sowie den Rechtswirkungen, insbesondere auch zu den Fragen der Enteignung und Entschädigungsregelung von den Vertretern der einzelnen Verbände Stellung genommen. Die Erörterung der beiden letzten Fragen nahm den größten Umfang ein. Seitens des Ministers wurde eine erneute Prüfung zugesagt. Der Grundgedanke des Entwurfs ist die wohnliche Unterbringung der in den nächsten Jahren zu erwartenden Bevölkerungsmenge und ihr Lenken in geordnete Bahnen. Dieser Grundgedanke wurde trotz mancher Bedenken im einzelnen als richtig anerkannt.

Der Besuch der Leipziger Messe.

wtb. **Leipzig,** 3. März. (Tel.) Der Messe-Mittwoch brachte auf Grund genauer amtlicher Zählungen einen vorläufigen Ueberblick über die ausländische Beteiligung an der diesjährigen Frühjahrsmesse. Die Zahl der zur Messe eingetroffenen Ausländer beträgt hiernach über 20 000 gegenüber 17 200 auf der vorjährigen Frühjahrsmesse. Eine besondere Zunahme ist besonders bei den englischen Messebesuchern festzustellen, ferner bei den Franzosen, den Belgiern, Spaniern, Ungarn, Rumänen, Schweden, Dänen und bei den überseeischen Messeeinkäufern, namentlich aus Nordamerika.

Die technische Messe wurde am Messe-Mittwoch bis ein Uhr mittags wiederum bereits von rund 20 000 Interessenten besucht. Gute technische Erfolge wurden aus der radiotechnischen Messe gemeldet, ebenso teilweise aus der Holzbearbeitungsmaschinenbranche, aus dem Landmaschinen- und Kraftwagengeschäft. Die Eisen- und Stahlwarenmustermesse erfreute sich lebhaften Exportinteresses. Die russische Rohstoffausstellung ist ständig stark besucht. Im Rahmen der allgemeinen Mustermesse hat die Textilmesse weiterhin ein ganz leidliches Geschäft in verschiedenen Artikeln der Damenkonfektion aufzuweisen. Auf der Musikmesse besteht lebhaftes Interesse für Neuheiten in Grammophonen. Saxophone sind gut gefragt, ebenso verlausen sich Zupf- und Streichinstrumente besser. Auf der Möbelmesse ergaben sich wertvolle Verbindungen mit ernsthaften Käufern des In- und Auslandes, wenn auch die wirklichen Kaufabschlüsse noch keineswegs vollauf befriedigend sind. Die deutsche Kunstseidenausstellung ist weiter lebhaft besucht. Sie bleibt nach Schluß der Textilmesse weiter vom 5. bis 10. März für alle Kreise der Bevölkerung geöffnet.

wtb **Leipzig,** 3. März. (Tel.) Die Straßenbautagung, die im Rahmen der diesjährigen Frühjahrsmesse im Zusammenhang mit der Baumesse veranstaltet wird und zu der 900 Teilnehmer anwesend sind, wurde heute vormittag durch den Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Regierungsbaudirektor Dr. Schaber, im Festsaal des neuen Rathauses in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Fachkreise eröffnet. Stadtbaurat Peters begrüßte die Tagung namens der Stadt Leipzig. Es folgten lehrreiche Vorträge des Geh. Regierungsrats Prof. Brix von der Technischen Hochschule Charlottenburg, dem ersten Vorsitzenden der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau, über „Straßenbau einst und jetzt" sowie des Geheimrats Dr. Speck vom sächsischen Finanzministerium über „Straßenverkehr und Wirtschaft." Die Vorträge wurden durch anschauliche Film- und Lichtbildvorführungen unterstützt.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung.

STZ. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der

2. Beratung des Reichswehretats.

Abg. von der Schulenburg (DN.) weist darauf hin, daß der Wehrbedarf des Reichswehretats durch die Abstriche im Ausschuß von 70 auf 61 Millionen herabgesetzt worden sei. Die Behauptung, daß der Wehrbedarf auf eine Steigerung der Rüstungen zurückzuführen sei, sei keiner nicht zutreffend. Angesichts der Erhöhung der Preise und der Verteuerung des Heeresbedarfs sei der Wirkungsgrad des neuen Heeresetats vielmehr bedauerlich gering. Die sachgemäße Arbeit der Reichswehr sei anzuerkennen. Sie sei eine Schule geworden für Bildung und Erziehung von Charakteren und Persönlichkeiten. Beim Generaloberst von Seeckt liege die Führung der Reichswehr in den besten Händen. Erfreulich sei, daß der Wehrminister den Vaterländischen Verbänden nicht feindselig oder gehässig gegenüberstehe. Er werde aber ihrem Wert nicht voll gerecht, der nicht auf militärischem, sondern auf ideellem und geistigem Gebiete liege. In diesen Verbänden werde die Jugend zu freien deutschen Männern erzogen und der deutsche Gedanke hochgehalten. (Beifall rechts.) Die waffenstarrende Welt zeige, daß wir von der Epoche des ewigen Friedens noch weit entfernt sind. (Sehr wahr! rechts.) Jeder Offizier sehe ein, daß die Reichswehr keine Angriffswaffe, sondern nur ein Mittel der Landesverteidigung sein könne. Die beste Sicherheit Frankreichs gegen Deutschland auf weite Sicht sei eine großzügige Verständigung auf dem Boden wirklicher Gleichberechtigung. Der Ausnahmezustand der alleinigen Entwaffnung Deutschlands widerspreche dem Gedanken der Gleichberechtigung. Redner verteidigt dann unter lebhaftem Beifall die alte Armee. Wie die Unteroffiziere und Mannschaften, müßten auch die Offiziere der alten Armee gegen Vorwürfe geschützt werden. Die Deutschnationalen seien durchaus nicht mit allem einverstanden, was der Wehrminister sage und tue. Bei der an sich notwendigen Entpolitisierung der Reichswehr blicke Dr. Geßler offenbar mit dem rechten Auge schärfer als mit dem linken. (Widerspruch und Lachen links.) Es sei aber anzuerkennen, daß Dr. Geßler und Generaloberst von Seeckt einen klugen und geraden Weg eingeschlagen und die Reichswehr zu einer kleinen, aber scharfen Waffe gemacht haben. Die Reichswehr verdiene den Dank des Volkes. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Künstler (Soz.) stimmt dem Vorredner zu in der Anerkennung der Leistungen des alten Heeres. Der oberste Kriegsherr, Wilhelm II., sei aber schmählich desertiert. (Die meisten deutschnationalen Abgeordneten verlassen nach dieser Bemerkung den Saal.) Der Reichswehrminister habe bei der Aufstellung seines Etats gar keine Rücksicht auf die schwere Notlage des deutschen Volkes genommen und habe die dringend notwendige Sparsamkeit vermissen lassen. Der Verwaltungsapparat der Reichswehr und der Marine sei viel zu groß. Nicht weniger als 99 Offiziere seien als Referenten im Ministerium tätig und dazu kämen noch 49 Hilfsoffiziere, deren Aufgabenkreis schwer zu überblicken sei. Der Haushaltsausschuß sei in Abstrichen noch viel zu zurückhaltend gewesen. Es müsse geprüft werden, ob die deutsche Reichswehr treu und fest zur Republik stehe. Politisch bedenklich sei die Beteiligung der Reichswehr an Beisetzungen alter königlicher Generäle und an Denkmalsenthüllungen, bei denen monarchistische Reden gehalten werden, wie die des Generals Sixt von Arnim. Wenn der Minister und Herr von Seeckt erklären, sie wären Gegner der sogen. Schwarzen Reichswehr gewesen, so muß gefragt werden, wie es dann möglich war, daß einige Formationen der Schwarzen Reichswehr im Reichswehrgebäude untergebracht worden und daß Leute, die sich bei der Reichswehr meldeten, in die Schwarze Reichswehr gesteckt worden sind. Trotz des Verbots der Schwarzen Reichswehr seien noch 1926 im Februar neue Leute in Formationen dieser Art eingestellt und von der Reichswehr uniformiert worden. Noch Ende 1925 seien Bismarckbündler nachweislich von Reichswehroffizieren ausgebildet worden. Von amtlicher Seite des Reichswehrministeriums seien in dieser Angelegenheit der Volksvertretung bewußt unwahre Auskünfte erteilt worden. Die Sozialdemokraten könnten dem Wehrminister politisch kein Vertrauen entgegenbringen und sie würden deshalb sein Gehalt ablehnen.

Abg. Erkelenz (Z.) bedauert den bisherigen Verlauf der Debatte. Für die Republik sei es eine peinliche Lage, wenn ihre Wehrmacht scharf von der antirepublikanischen deutschnationalen Partei gelobt, aber von dem Sprecher der stärksten republikanischen Partei in kleinlichster Weise kritisiert werde. Daß in der Reichswehr, wie in allen Institutionen, verschiedene Mißstände beständen, würde von keinem geleugnet. Das Zentrum sei immer für eine Verständigung eingetreten, aber die in Waffen starrenden Großmächte sollten endlich mit der Abrüstung dem Beispiel Deutschlands folgen. (Beifall.) Mit einer Ablehnung des Etats des Reichswehrministeriums sei dem Gedanken der Völkerversöhnung nicht der kleinste Dienst erwiesen. Die hohen Summen des Reichswehretats wirken anders, wenn man die großen Beträge abzieht, die für die Besoldung, Verpflegung und Unterbringung der Mannschaften gebraucht werden. Kritik verdienen allerdings die hohen Preise die für die Waffen- und Heeresgeräte ausgegeben werden müssen. Der Anforderung neuer Schiffe im Marineetat werden wir zustimmen, da die alten Schiffe nicht mehr leistungsfähig sind. Wir erkennen an, daß unsere kleinen Kreuzer bei ihren Auslandsreisen überall gute Aufnahme gefunden haben. Wir bedauern, daß die Sozialdemokraten die Mittel für die neuen Schiffe ablehnen wollen. Wenn die Vaterländischen Verbände so wären, wie sie der deutschnationale Redner geschildert hat, so könnte man sie begrüßen. Leider verfolgen die nationalistischen Verbände aber ganz andere Ziele. Wenn der Wehrminister der Reichswehr die Verbindung mit solchen Verbänden verboten hat, dann muß er auch mit größtem Nachdruck in den Fällen einschreiten, wo dieser Befehl nicht befolgt worden ist. Die Reichswehr muß losgelöst werden von politischen Organisationen jeder Art.

Abg. **Brüninghaus** (DVp.): Die Mehrausgaben seien lediglich die automatische Wirkung der früher beschlossenen Gesetze, durch die die Bezüge der Reichswehrangehörigen verbessert wurden. Zu begrüßen war die Erklärung des deutschnationalen Redners, daß Deutschland den Weg der Verständigungspolitik gehen müsse. Wir hoffen, daß die deutschnationale Fraktion daraus die politischen Folgerungen zieht, die wir längst gezogen haben. (Abg. Dr. Koch (DN.): Das tun wir auch!) Wir zollen der Tätigkeit des Reichswehrministers Dr. Geßler volle Anerkennung. Einzelne Uebelstände dürfen nicht Anlaß zu verallgemeinerten Angriffen gegen die Reichswehr geben. Unsere Vertreter im Völkerbund werden einen dornenvollen Weg gehen müssen, bis auch die Siegerstaaten sich zur Abrüstung entschließen. Den anerkennenden Worten des deutschnationalen Redners für das alte Heer schließen wir uns aus vollem Herzen an. Den anerkennenden Worten für die vaterländischen Verbände schließen wir uns an, bedauern aber, daß sich manche von ihnen zu sehr mit Parteipolitik beschäftigen. Die Förderung aller Parteien verdient das erfolgreiche Bestreben des Reichswehrministers, die Parteipolitik aus der Reichswehr fernzuhalten, damit die Reichswehr ein gutes festes Instrument in der Hand der Regierung bleibe.

Abg. **Schneller** (Komm.) beantragt die Aufhebung der Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine Arbeiterwehr.

Weiter wurde von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag eingebracht: „Der Reichswehrminister Dr. Geßler besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Abg. Dr. **Bredt** (W. V.) bezeichnet die Kritik der Linken am Reichswehretat als unberechtigt. Die bei einzelnen Positionen übermäßig hoch erscheinenden Ausgaben erklärten sich zwangsläufig aus der Eigenheit eines Soldnerheeres, wie es unter dem Diktat der Entente geschaffen werden mußte. Die Tätigkeit des Wehrministers

Dr. Geßler und des Generaloberſten von Seeckt verdiene dankbare Anerkennung. Die Reichswehr habe eine große kulturelle Aufgabe auf dem Gebiete der Ertüchtigung der Jugend. In den vaterländiſchen Verbänden ſei keine Gefahr zu ſehen, weder für die Entente, noch für die Parteien der Linken.

Eine Rede des Reichswehrminiſters.

Reichswehrminiſter Dr. Geßler: Der Reichswehretat hat in der Preſſe ſcharfe Kritik wegen der Mehrforderungen erfahren. Dabei wurde überſehen, daß die alliierte Kontrollkommiſſion dieſen Etat geprüft hat, ohne Anſtoß daran zu nehmen. Die Mehranforderung ergebe ſich einfach aus der ſchon früher beſchloſſenen Erhöhung der Bezüge und daraus, daß wir die Munitionsbeſtände auf das von der Entente feſtgeſetzte Maß ergänzen mußten. Ich kann mich für die **Notwendigkeit dieſer Ausgaben** auf das Urteil der Entente berufen. **Ein Verzicht darauf würde die Stillegung der Fabriken bedeuten**, die nach der Entſcheidung der Entente in jedem Jahre eine beſtimmte Menge Munition und Waffen herſtellen ſollen. **Es würden dadurch viele Tauſende Arbeiter weiter erwerbslos**, die auf die Arbeit in dieſen Betrieben angewieſen ſind. Keineswegs gehen unſere Forderungen über das im Verſailler Vertrag feſtgeſetzte Maß hinaus. Wir haben nach dem Eintritt in den Völkerbund das größte Intereſſe daran, daß das Abrüſtungsproblem ſofort aufgeworfen wird. (Beifall.) Daß die ganze Welt in Waffen ſtarrt, während einzelne Länder vollſtändig entwaffnet ſind, iſt ein unerträglicher Zuſtand. (Lebhafte Zuſtimmung.) Allein das engliſche Heeresbudget ohne Indien hat ſich von 28 Millionen Pfund 1913 jetzt auf 48 Millionen Pfund geſteigert. (Hört, hört!) Kein Staat hat ein größeres Intereſſe daran als Deutſchland, daß es auf der Abrüſtungskonferenz zu einem poſitiven Ergebnis kommt.

Das jetzige Syſtem unſerer Reichswehr iſt auf die Dauer unhaltbar und kann nur ein Uebergangsſyſtem ſein. Es iſt eigenartig, daß gerade die demokratiſchen Staaten des Weſtens uns ein Heeresſyſtem aufgezwungen haben, das mit Demokratie gar nichts mehr zu tun hat. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.)

Das frühere aus allen Volksteilen zuſammengeſetzte Heer wurde parteipolitiſch gar nicht beeinflußt. Um das neue Berufsheer bemühen ſich aber gerade diejenigen Parteien, die Gegner des neuen Staates ſind. Darum iſt es bei dem neuen Syſtem weit ſchwerer, das Heer vor politiſchen Einflüſſen zu ſchützen. Das iſt gelungen, obwohl urſprünglich natürlich das zum Aufbau der Reichswehr unentbehrliche Offizierkorps mit allergrößtem Mißtrauen dem neuen Staat gegenüberſtand. Ich habe es immer als meine Aufgabe betrachtet, dieſes Mißtrauen gegen den neuen Staat zu beſeitigen und die Reichswehr zur abſolut zuverläſſigen Stütze der Verfaſſung und der Republik zu machen. Ich bin an dieſe Aufgabe herangegangen in der Ueberzeugung, daß mit der Zeit jeden vaterländiſchen Mann die Entwicklung auf den Standpunkt bringen muß, daß nur auf dem Boden der Verfaſſung und nur auf dem Boden der Republik überhaupt eine Zukunft Deutſchlands gedacht werden kann. (Beifall.) Zu dieſer Erkenntnis iſt auch das Offizierkorps gekommen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten und Kommuniſten.)

Wenn die Früchte von Locarno jetzt in Genf reifen, dann muß auch ein Ende gemacht werden mit dem Syſtem kleinlicher Schikanen, denen auch unſere Reichswehr ausgeſetzt iſt. (Beifall.)

Die Angriffe, die in Verbindung mit der Schwarzen Reichswehr gemacht werden, ſtützen ſich auf einzelne Verfehlungen, die nur dadurch erklärlich ſind, daß ſich die Offiziere geradezu unter einem Ausnahmegeſetz fühlten. Dieſe Verfehlungen haben aufgehört. Wir haben mit der Schwarzen Reichswehr und mit den vaterländiſchen Verbänden nichts zu tun. Keine Organiſation hat ein Recht, ſich auf die Reichswehr zu berufen. Wir wollen mit dieſen Verbänden keine Fühlung haben. Die Angriffe, die in dieſem Zuſammenhang gegen uns gerichtet wurden, ſind gefährlich. Die Entente-Militärs wiſſen zwar ganz genau, daß keine für ſie gefährlichen geheimen Rüſtungen unternommen ſind. Gefährlich ſind dieſe Angriffe aber, weil ſie die Ententepropaganda benutzt, um damit gegen Deutſchland zu hetzen und die Völkerverſöhnung zu verhindern. Wenn ich die vaterländiſchen Verbände nicht mit gleichem Wohlwollen behandelt habe, ſo haben ſie das ſelbſt verſchuldet, weil ſie ſich mit Parteipolitik befaßt und oft einen unerträglichen Terror ausgeübt haben. (Lebhafte Zuſtimmung links.) Ueber die Fememorde wird im parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuß jedenfalls Klarheit geſchaffen werden.

Was ein politiſcher Verein iſt, das beſtimmen nicht wir, ſondern das iſt eine Rechtsfrage. (Zurufe: Kyffhäuſerbund!) Der Kyffhäuſerbund iſt ein ſehr zweifelhaftes Gebilde. Nach ſeinen Satzungen iſt er durchaus unpolitiſch. Es kommen aber oft Beſchwerden, daß Landesverbandsmitglieder abgelehnt oder ausgeſchloſſen werden, wenn es ſich um Republikaner oder Mitglieder der Reichswehr handelt. Würde das nachgewieſen, ſo iſt ein ſolcher Landesverband als politiſcher zu erklären. Ueber die Beteiligung der Reichswehr an Beiſetzungsfeiern uſw. beſtehen genaue Vorſchriften, die der verſtorbene Reichspräſident Ebert erlaſſen hat und die der jetzige Reichspräſident ſicher nicht ändern wird. Eine Beteiligung der Reichswehr an Denkmalsfeiern und ähnlichen Veranſtaltungen iſt an die Genehmigung des Wehrminiſters gebunden. Er gibt ſie nur, wenn ein würdiger unpolitiſcher Verlauf zugeſichert wird.

Die Vorgänge bei der Einweihung des Augustaner-Denkmals haben mich veranlaßt, in allen künftigen Fällen mir die Reden vorher vorlegen zu laſſen. General Sirt von Arnim hat in einem Schreiben die in der Preſſe veröffentlichte Darſtellung ſeiner Rede beſtritten. Aber auch nach ſeiner eigenen Darſtellung kann ich die Rede nicht billigen. Ich verwehre keinem Menſchen, ſein Treugefühl für den früheren Kaiſer zu bekunden. Aber das kann er bei anderen Gelegenheiten machen, als in Anweſenheit der Reichswehr. Wenn ich nach der Meinung des deutſchnationalen Redners ſchärfer nach rechts als nach links blicke, ſo liegt das daran, daß mir die größten Schwierigkeiten immer von der rechten Seite gemacht werden. Dieſe Schwierigkeiten kommen nicht von den aktiven, ſondern faſt immer von verabſchiedeten Offizieren, die nicht auf die Schwierigkeiten der Reichswehr Rückſicht nehmen wollen.

Unbeſchadet der Kritik muß ich feſtſtellen, daß auch im verfloſſenen Jahre die Reichswehr ſich innerlich gefeſtigt hat, daß ſie zu einem immer zuverläſſigeren Inſtrument des Staates wird, das das Vertrauen des deutſchen Volkes verdient. Um dieſes Vertrauen möchte ich am Schluſſe meiner Ausführungen bitten. (Beifall.)

Gegen 7½ Uhr vertagt ſich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung ſtehen die Anträge und Interpellationen über die Not der Winzer.

Preußiſcher Landtag.

vdz. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Auf der Tagesordnung ſteht zunächſt die Beratung eines ſozialdemokratiſchen Antrages, den auf den 1. März feſtgeſetzten Anfangstermins für die Rückzahlung von zinsfreien Gehaltsvorſchüſſen an Beamte, Angeſtellte und ſonſtige in Staatsbetrieben Beſchäftigte auf Antrag weiter hinauszuſchieben.

Berichterſtatter **Abg. Zachert** (Soz.) hebt hervor, daß alle Parteien ſich im Ausſchuß darüber einig waren, daß bei der großen wirtſchaftlichen Not der Beamten eine ſofortige Zurückzahlung der Vorſchüſſe nicht in Frage komme.

Nach unweſentlicher Debatte ſtimmt das Haus dem Antrage zu.

Es folgt die 2. und 3.

Beratung des Perſonalabwicklungsgeſetzes.

Berichterſtatter **Abg. Meyer-Herford** (DVp.) betont, daß der Beamtenausſchuß als Stichtag für den preußiſchen Perſonalabbau den 8. Auguſt 1925 feſtgeſetzt habe. Der Perſonalabbau ſei in Preußen jetzt tatſächlich beendet. Leider gebe es eine Ausnahmebeſtimmung bezüglich der verheirateten weiblichen Beamten, wie ſie in der Reichsgeſetzgebung grundlegend beſtimmt werde, die auch jetzt noch entlaſſen werden können, wenn ihre wirtſchaftliche Verſorgung durch ihren Ehegatten geſichert und wenn das Ausſcheiden aus dienſtlichen Gründen erforderlich erſcheint. Bezüglich der Beamten, die durch den Beamtenabbau in ein Amt von geringerem Range und Diensteinkommen verſetzt wurden, hat der Ausſchuß beſtimmt, daß ſie beim Freiwerden entſprechender Stellen zurückbefördert werden.

Abg. Simon (Soz.): Wir ſtimmen der Vorlage trotz der Bedenken zu. Die Verantwortung für die Ungerechtigkeiten, beſonders gegen die weiblichen Beamten, tragen die Rechtsparteien des Reichstages ſowie das Zentrum.

Abg. Ebersbach (DN): Daß der ganze Beamtenabbau ein großes Unrecht iſt, kann nicht zweifelhaft ſein. Es wäre zu wünſchen, daß die Beſtimmungen möglichſt bald revidiert würden. Immerhin liegt in der Feſtlegung der Beendigung des Perſonalabbaues ein Fortſchritt. Die Notlage zwingt auch in Preußen Erſparniſſe zu machen. Die Anſtellung neuer Beamten ſollte überhaupt erſt in Frage kommen, wenn zuvor die auf Wartegeld geſetzten Beamten Berückſichtigung gefunden haben.

Frau Abg. Zigahl (Ztr.): Es geht nicht an, daß eine Frau, die in der Familie bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen hat, daneben noch einen Beruf ausübt, der ihre ganze Kraft erfordert. Deshalb ſei ihre Fraktion für die Beſchlüſſe des Hauptausſchuſſes.

Die Abſtimmungen über die neue Städteordnung.

Die Ausſprache wird hierauf unterbrochen. Das Haus nimmt die Abſtimmungen über die angefochtenen Paragraphen der neuen Städteordnung vor.

Im Hammelſprung wird mit 223 gegen 155 Stimmen die Beſtimmung angenommen, daß **Wappen und Dienſtſiegel der Stadt** ſich von anderen Wappen und Dienſtſiegeln unterſcheiden und eine angemeſſene Ausführung zeigen müſſen.

Die Vorſchrift, daß die **Benennung der Straßen und Plätze** durch Ortsſatzung erfolgt, wird auf ſozialdemokratiſchen Antrag dahin geändert, daß die Benennung durch **Gemeindebeſchluß erfolgt.** Das ſoll auch für die Stadt Berlin gelten.

Abgelehnt gegen die Linke wurden die **Anträge auf Streichung des Ehrenbürgerrechts** (Lärm bei den Kommuniſten), ebenſo die Anträge der Rechten auf **Streichung des Bürgerſchaftsbegehrens und Bürgerſchaftsentſcheids.**

Ueber einen ſozialdemokratiſchen Antrag, der zum **Gemeindevorſtand** lediglich den Bürgermeiſter und die Stadträte beſtimmen will (alſo nur die Bürgermeiſterverfaſſung berückſichtigt), während die Vorlage als Gemeindevorſtand entweder den Magiſtrat oder den Bürgermeiſter feſtſetzt, wird namentlich abgeſtimmt. Der ſozialdemokratiſche Antrag wird mit 256 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Die einfache Abſtimmung über den Teil der Vorlagen, der den **Bürgerſchaftsentſcheid** einführt und Ausführungsbeſtimmungen dazu enthält, bleibt zweifelhaft. Im Hammelſprung wird dieſer Geſetzesteil mit 205 gegen 172 Stimmen **angenommen.** Dafür ſtimmten hauptſächlich Sozialdemokraten, Zentrum und ein Teil der Demokraten.

In namentlicher Abſtimmung wird ein kommuniſtiſcher Antrag mit 252 gegen 141 Stimmen abgelehnt, der die in der Vorlage gegebene Möglichkeit beſeitigen will, daß **Stadtverordnete bei grober Ungebühr** bis zu ſieben Tagen von den Sitzungen **ausgeſchloſſen** werden können; auch der Eventualantrag fällt, der höchſtens einen Ausſchluß für e i n e Sitzung zulaſſen will. Es bleibt alſo bei den Beſtimmungen der Vorlage, die den Ausſchluß bis zu 7 Tagen vorſieht.

Gegen die Stimmen der Rechten werden Anträge abgelehnt, die für Bürgermeiſter der Städte mit über 50 000 Einwohnern und für kreisfreie Städte den **Titel Oberbürgermeiſter** einführen wollen. Abgelehnt wird auch der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung des **Befähigungsnachweiſes** (eventuell auch juriſtiſcher Art) **für Bürgermeiſter,** ſowie der Antrag derſelben Partei, die Bürgermeiſter anſtatt auf zwölf nur auf ſechs Jahre zu wählen.

Angenommen wird ein deutſch-volksparteilicher Antrag, der für die Abſtimmungen im Magiſtrat bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorſitzenden als ausſchlaggebend beſtimmt, während der Ausſchußbeſchluß Stimmengleichheit als Ablehnung feſtſetzen wollte.

Ein kommuniſtiſcher Antrag, der auch **Betriebsratsmitglieder** kommunaler Betriebe mit **in die gemeindlichen Verwaltungsausſchüſſe** hineinnehmen will, wird in namentlicher Abſtimmung mit 139 gegen 240 Stimmen der bürgerlichen Parteien **abgelehnt.** — Ferner wird mit 198 gegen 179 Stimmen der Paragraph angenommen, der als **Selbſtverwaltungsangelegenheiten** alle ſich aus dem örtlichen und ſtädtiſchen Zuſammenleben ergebenden Aufgaben näher bezeichnet, und der beſtimmt, daß ſolche Aufgaben von den Städten freiwillig übernommen oder ihnen durch Geſetz auferlegt werden können. Gemäß den Ausſchußbeſchlüſſen wird beſtimmt: „Selbſtverwaltungsangelegenheiten umfaſſen die gemeinnützige und werbende Betätigung. Die privatwirtſchaftliche Betätigung einer Stadt darf die Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen. Die kommunalen Wirtſchaftsbetriebe ſollen alljährlich Veröffentlichungen über ihren wirtſchaftlichen Stand herausgeben."

Ein kommuniſtiſcher Antrag, der für die **ſtädtiſchen Angeſtellten und Arbeiter** den **Abſchluß von Tarifen** mit den freigewerkſchaftlichen Organiſationen über Lohn, Arbeitszeit uſw. verlangt, wird in namentlicher Abſtimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

In namentlicher Abſtimmung wurde mit 199 gegen 188 Stimmen der Linken die Beſtimmung aufrechterhalten, daß **werbende Betriebe** in wirtſchaftlicher und ſteuerlicher Hinſicht den Privatbetrieben gleichzuſtellen ſind.

Um 5 Uhr vertagt ſich der Landtag auf Donnerstag 12 Uhr. Fortſetzung der Abſtimmungen, weitere Beratung der Zwiſchenlöſung zur Hauszinsſteuer.

Politiſche Umſchau

Empfänge beim Reichspräſidenten.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der Reichspräſident empfing heute den deutſchen Botſchafter in Rom, Freiherrn von Neurath, ſowie den deutſchen Botſchafter in Konſtantinopel, Nadolny.

Ein interfraktioneller Ausſchuß.

pw. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Die heutige Beſprechung des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Fraktionsvorſitzenden der Regierungsparteien, hatte, wie die Blätter melden, das Ergebnis, daß ein interfraktioneller Ausſchuß gebildet werden ſoll, um eine engere Fühlungnahme der Parteien mit der Regierung zu erörtern. Von demokratiſcher Seite war vorgeſchlagen worden, einen Miniſter ohne Portefeuille zu ernennen, der ſich fortlaufend mit den Regierungsparteien über alle politiſchen Fragen in Verbindung zu ſetzen hat. Der Voſſiſchen Zeitung zufolge ſoll der Reichskanzler zugeſagt haben, dieſe Anregung zu erwägen.

Einen endgültigen Beſchluß über die Zuſammenſetzung der Delegation nach Genf hat das Kabinett noch nicht gefaßt. Auch der Tag der Abreiſe ſteht noch nicht feſt. Dieſer hängt davon ab, ob in Genf noch Vorbeſprechungen ſtattfinden ſollen. Die Delegation wird etwa 12 Perſonen umfaſſen.

Die Luftfahrtverhandlungen.

wtb. **Paris,** 3. März. (Tel.) Der Exceſſior will wiſſen, daß die Verhandlungen über die deutſche Luftfahrt in Paris ſoweit gediehen ſeien, daß man mit einer Verſtändigung rechnen könne. Es würde Deutſchland erlaubt, ohne Begrenzung der Stärke und des Aktionsradius alle Arten von Verkehrsflugzeugen zu bauen unter dem Vorbehalt, daß gewiſſe Maßnahmen geſchaffen werden dafür, daß die Flugzeuge nicht zu Bombenflugzeugen umgebaut werden können. Unterſagt würde lediglich der Bau von Metallflugzeugen für Einzelflieger mit großer Geſchwindigkeit ſein, die man zwar als Poſtflugzeug bezeichne, die aber in Wirklichkeit gepanzerte Jagdflugzeuge ſeien, die über Nacht bewaffnet werden könnten.

Banknotenfälſchungen auch in Argentinien.

wtb. **Paris,** 3. März. (Tel.) Dem Newyork Herald wird aus Buenos Aires gemeldet, daß in Argentinien eine groß angelegte Affäre von Fälſchungen von Banknoten entdeckt ſei. In der Provinz Mendoza ſeien zweierlei Arten von Zahlungsmittel im Umlauf, nämlich Banknoten, die vom Staat ausgegeben ſeien und Banknoten, die die Provinz ausgegeben habe und die als Staatsbriefe bezeichnet werden. Man habe nun eine geheime Druckerei entdeckt, in der mehr als 3600 auf 500 Dollar lautende Schatzbriefe hergeſtellt worden ſeien. Eine große Anzahl der falſchen Noten ſei bereits in den Verkehr gebracht worden, bevor die Behörden von der Angelegenheit Kenntnis gehabt hätten. Die Nachahmung ſei ſo gut, daß die Fälſcher keine Mühe gehabt hätten, die Noten in den Verkehr zu bringen. Die Hauptübeltäter ſeien verhaftet worden.

Die Erhebung der Gewerbeſteuer.

bb **Berlin,** 3. März. (Tel.) Nach einem gemeinſamen Runderlaß des preußiſchen Miniſters des Innern, des Finanzminiſters und des Miniſters für Handel und Gewerbe wird mit Wirkung vom 1. April d. Js. beſtimmt: Eine ſtärkere Heranziehung der Gewerbekapital- und Lohnſummenſteuer als mit dem Doppelten der Ertragsſteuer darf nur dann zugelaſſen werden, wenn die Ertragsſteuer mit mindeſtens 400 v. H. Zuſchlägen belaſtet iſt. Auch wenn die Ertragsſteuer mit 400 v. H. oder mehr Zuſchlägen belaſtet iſt, darf eine ſtärkere Heranziehung der Gewerbekapital- und Lohnſummenſteuer nicht zugelaſſen werden.

Arbeitsfragen.

Der Schiedsſpruch im Buchdruckgewerbe verbindlich erklärt.

wtb. **Berlin,** 3. März. Der Deutſche Buchdruckerverein teilt mit: Das Reichsarbeitsminiſterium erklärte den von Arbeitgeberſeite abgelehnten Schiedsſpruch, durch den der Reichstarif für das deutſche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfsperſonal bis 31. Mai verlängert wird, für verbindlich.

Entſendung einer britiſchen Bergarbeiterabordnung nach Deutſchland.

wtb. **London,** 3. März. (Tel.) Daily Mail hat beſchloſſen, angeſichts der kritiſchen Lage in der britiſchen Bergwerksinduſtrie eine kleine Abordnung von Bergarbeitern, die die Hauptkohlenfelder Englands vertreten, nach den verſchiedenen Bergwerksbezirken Deutſchlands zu entſenden. Die Abordnung werde volle und freie Gelegenheit haben, durch unmittelbaren perſönlichen Kontakt die Arbeitsmethoden, die Erzeugung und die Löhne ihrer kontinentalen Konkurrenten zu ſtudieren.

Das Urteil gegen Regierungsrat Bartels

wtb **Berlin,** 3. März. (Tel.) In dem Prozeß gegen Regierungsrat Bartels wurde der Angeklagte wegen fortgeſetzten Vergehens gegen § 332 (Beſtechung) und wegen fortgeſetzter Urkundenfälſchung zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf Monate und drei Wochen Unterſuchungshaft wurden auf die Gefängnisſtrafe angerechnet. Ferner wurden dem Angeklagten die Koſten des Verfahrens auferlegt und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Der Betrag von 24 800 Mark, den der Angeklagte als Beſtechung erhalten hatte, verfällt der Staatskaſſe.

Bartels hat als Leiter des Berliner Fremdenamtes (er war dazu ernannt worden wegen ſeiner Kenntnis der öſtlichen Verhältniſſe, die ihm während ſeiner Beſchäftigung auf dem Petersburger Konſulat vertraut geworden waren) auf unlautere Weiſe Päſſe ausgeſtellt und Aufenthaltsbewilligungen vergeben und im Verkehr mit dem vielgenannten Kaufmann Holzmann, der ſich durch die Flucht einer gleichzeitigen Aburteilung entzog, ſich in Beſtechungen verwickeln laſſen.

Aus Nah u. Fern.

Wieder eine Exploſion in Schlebuſch.

wp. **Schlebuſch,** 3. März. Geſtern nachmittag fand in dem Säuredenitrierungsgebäude infolge Zerſetzung eine Entzündung ſtatt, durch die das Gebäude beſchädigt und ein verheirateter Arbeiter leicht verletzt wurde. Der Sachſchaden iſt nicht erheblich, der Betrieb in keiner Weiſe geſtört.

Beſtechungsangelegenheit bei einem Berliner Wohnungsamt.

pw. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Nach Blättermeldungen iſt gegen den Stadtoberinſpektor Schön und einen Angeſtellten vom Charlottenburger Wohnungsamt ein Verfahren wegen Meineids, Beamtenbeſtechung und pflichtwidriger Amtshandlung eingeleitet worden. Die Beſchuldigten ſollen einem Fabrikanten, der keinen Anſpruch auf eine Wohnung hatte, eine Fünfzimmerwohnung zugewieſen haben, wofür ſie als Entgelt je eine Wohnungseinrichtung erhalten haben ſollen. Der Angeſtellte iſt bereits entlaſſen, während gegen den Stadtoberinſpektor ein Diſziplinarverfahren eingeleitet worden iſt.

Der Prozeß gegen Iſidor Krail.

pw. **Berlin,** 3. März. Vor dem Großen Schöffengericht in Augsburg begann geſtern der Prozeß gegen Iſidor Krail, der ſich ſeinerzeit anläßlich des Röthardtprozeſſes dazu erboten hatte, ſchwer belaſtendes Material gegen den Reichspräſidenten Ebert beizubringen und eidlich zu erhärten. Krail hat ſich wegen Betruges zu verantworten. Die Anklage unterſtellt, daß das Material gar nicht exiſtiere und daß ſich Krail lediglich habe finanzielle Vorteile verſchaffen wollen.

Amtliche Berliner Deviſenkurſe.

	2. März		3. März		v. dem Kriege
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Buenos-Aires . .	1.696	1.700	1.691	1.695	1.69
Canada 1 Can. D.	4.178	4.188	4.178	4.188	
Japan	1.905	1.909	1.913	1.917	2.09
Konſtantinopel L.	2.18	2.19	2.18	2.19	
England	20.372	20.422	20.380	20.432	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.614	0.616	0.616	0.618	1.36
Uruguay 1 Goldpſ.	4.305	4.315	4.305	4.315	
Holland 100 Guld.	167.85	168 27	167.94	168.36	169.50
Athen 100 Drach.	5.99	6.01	5.99	6.01	
Belgien 100 Fr. .	19.05	19.09	19.05	19.09	81.00
Danzig 100 Guld.	80.80	81.00	80.84	81.04	
Finnland 100 M.	10.56	10.60	10.56	10.60	81.00
Italien 100 Lire .	16.81	16.85	16.84	16.88	81.00
Jugoſlawien . .	7.39	7.41	7.39	7.41	81.00
Dänemark 100 Kr.	108.86	109.14	108.91	109.19	112.50
Liſſabon 100 Esc	21.21	21.26	21.12	21.17	
Oslo 100 Kr. . .	90.51	90.73	90.07	90.29	112 0
Paris 100 Frk. .	15.37	15.41	15.68	15.72	81.00
Prag 100 Kr. . .	12.41	12.45	12.41	12.45	85.50
Schweiz 100 Frk.	80.74	80.94	80.73	80.93	81.00
Sofia. .100 Leva	3.03	3.04	3.03	3.04	81.00
Spanien 100 Peſ.	59.14	59.18	59.12	59.26	112.00
Schweden 100 Kr.	112.47	112.75	112.41	112.69	85.00
Wien 100 Schill.	59.14	59.28	59.11	59.25	85.00
Budapeſt 100 000	5.87	5.89	5.87	5.89	81 00

Rektor Frank aus der Haft entlaſſen.

wtb. **Berlin,** 3. März. (Tel.) Der Rektor der Hilfsſchule in Adlershof, Philipp Frank, der, wie wir geſtern berichteten, unter der Beſchuldigung, ſich an Schülerinnen vergangen zu haben, verhaftet worden war, iſt, wie eine hieſige Korreſpondenz meldet, vorläufig wieder entlaſſen worden. Das geſammelte Material hat nicht ausgereicht, um eine Haft zu begründen. Die Unterſuchung wird von der Staatsanwaltſchaft weiter geführt.

Aufklärung eines fingierten Raubüberfalles.

wtb. **München,** 3. März. (Tel.) Der von uns gemeldete angebliche Raubüberfall auf einen Kaſſenboten der Mittleren Iſar-A.-G. hat eine überraſchende Aufklärung gefunden. Der Kaſſenbote hat geſtanden, den Raubüberfall fingiert zu haben. Auch die Verletzungen hat er ſich ſelbſt beigebracht. Die geraubten Lohngelder konnten wieder herbeigeſchafft werden.

Flüchtiger Bankier.

wtb. **München,** 3. März. (Tel.) Wie erſt heute bekannt wird, iſt ſeit zwei Tagen der im Jahre 1893 in Straubing geborene Bankier Ketterl mit bei ihm deponierten Aktien im Werte von 3- bis 400 000 ℳ flüchtig.

Zuchthausſtrafe für einen früheren Stadtinſpektor.

wtb **Breslau,** 3. März. (Tel.) Die 2. Strafkammer verurteilte heute in einer Berufungsverhandlung den früheren Stadtinſpektor Guſtav Mayer wegen Amtsunterſchlagung und ſchwerer Urkundenfälſchung zu einer Geſamtſtrafe von 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverluſt. Die Berufung ſeiner Geliebten, der geſchiedenen Kaufmannsfrau Emma Hahn, wurde verworfen. Beide Angeklagten waren am 14. 10. vorigen Jahres wegen desſelben Verbrechens, und zwar Mayer zu 3 Jahren Zuchthaus, Frau Hahn zu 1 Jahr Gefängnis, verurteilt worden. Beide hatten Berufung eingelegt, ebenſo der Staatsanwalt.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigeſprochen.

wtb. **Glatz,** 3. März. (Tel.) Der Fleiſcher Eduard Trautmann aus Reichenau in Schleſien, der im Jahre 1911 vom Glatzer Schwurgericht wegen Mordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde im Wiederaufnahmeverfahren freigeſprochen, weil aus den Aufzeichnungen des Münſterberger Maſſenmörders Denke hervorging, daß der Trautmann zur Laſt gelegte Mord in Wirklichkeit von Denke begangen worden war.

Fliegerunglück.

wtb **Prag,** 3. März. (Tel.) Auf dem Flugplatz in Letnau ſtürzte heute der Pilot Cladil infolge Ausſetzens des Motors ab. Der Pilot fand bei dem Sturz den Tod.

Automobilzuſammenſtoß bei Bagdad.

wtb **Bagdad,** 3. März. (Tel.) Ein zu einem durch die Wüſte verkehrenden Automobilzug gehörender Wagen ſtieß heute auf der Fahrt von Syrien nach Bagdad mit einem ihm entgegenkommenden Automobil, 25 Meilen von Bagdad entfernt, zuſammen. Ein polniſcher Reiſender wurde lebensgefährlich verletzt. Der amerikaniſche Miſſionar Caſſelman erlitt einen Armbruch; die übrigen Reiſenden und der Chauffeur unerhebliche Verletzungen.

Brand in einer mikadoniſchen Arſenal.

wtb. **Tokio,** 3. März. (Tel.) Einer unbeſtätigten Meldung zufolge zerſtörte ein Brand in der Munitionswerkſtätte des Marine-Arſenals in Kure den größten Teil des Gebäudes und des darin befindlichen Materials.

Letzte Funkmeldungen.

Tennis-Wettſpiel.

bb **Berlin,** 4. März. (Funkſpruch.) Wie die Voſſ. Zeitung aus Mentone erfährt, trat Frau Reppach gegen die Amerikanerin Helen Wills an. Die Olympiaſiegerin war der wenig trainierten deutſchen Meiſterin überlegen. Während ſie im 1. Satz leicht mit 6 : 0 gewonnen hatte, konnte ſie im 2. Satz nur ein 6 : 3-Ergebnis erzielen.

Der Amtsantritt Dr. Luppes.

bb **Berlin,** 4. März. (Funkſpruch.) Wie die Voſſ. Zeitung aus Nürnberg berichtet, begrüßte Bürgermeiſter Dr. Kroll den zum erſten Male wieder anweſenden Oberbürgermeiſter Dr. Luppe in der geſtern nachmittag ſtattgefundenen Sitzung des Stadtrats in herzlichſter Weiſe. Er gab ſeiner Freude darüber Ausdruck, daß es Dr. Luppe gelungen ſei, aus allen Unterſuchungen und gerichtlichen Verfahren unbelaſtet und in perſönlicher Makelloſigkeit hervorzugehen. Die Begrüßungsanſprache wurde mit ſtarkem Beifall aufgenommen.

Juwelendiebſtahl in London.

bb **Berlin,** 4. März. (Funkſpruch.) Wie die Voſſ. Ztg. aus London meldet, wurde im Hauſe des Bankiers Schröder ein dreiſter Diebſtahl verübt. Der Dieb erbeutete Juwelen, darunter ein koſtbares Familienerbſtück im Werte von 5000 Pfund Sterling.

Steckbrief gegen einen früheren Generaldirektor.

wtb. **Wien,** 4. März. (Funkſpruch.) Das Landgericht in Strafſachen hat, wie die Blätter melden, gegen den früheren Generaldirektor der Wöllersdorfer Werke, Neuhöfer, einen Steckbrief erlaſſen.

Aus Stadt und Umgebung

Die Jagd im März.

Der diesjährige Winter ist wirklich recht wandelbar. Vorherrschend war sein Verlauf verhältnismäßig mild, nur kleine Frostperioden kennzeichneten seinen Charakter. Für unser Nutzwild, das in diesem Monat allgemein Schonzeit hat, war das Wetter nicht ungünstig. Größere Wildverluste sind kaum zu beklagen, da Schnee und Frost nur zeitweilig dem Wilde zusetzten und ihm Aesungsschwierigkeiten bereiteten. Mit dem zunehmenden Hochstande der Sonne ist auch wohl weiter damit zu rechnen, daß gelegentliche Kälterückfälle nicht mehr so schwer ins Gewicht fallen können.

Das Edelwild zieht an Waldbäche und warme Quellen, wo die Brunnenkresse sprießt, um davon gierig zu äsen. Diese Aesung ist für das Wild geradezu Medizin. Auch kräftig entwickelte Saaten üben ihre Anziehungskraft aus. In höheren Gebirgslagen allerdings muß sich das Edelwild noch mit Heidekraut und Knospenäsung begnügen. Fütterung ist dort um so mehr geboten, als das Wild an Engerlingen leidet und dadurch leicht herunterkommt. Starke Hirsche, die das Geweih abgeworfen haben, bevorzugen als Standort raume Stangenorte, um die wachsenden Geweihe nicht zu verletzen. Vorhandene Salzlecken sind neu aufzufrischen, neue anzulegen.

Die Sauen haben in diesem Winter kaum zu leiden gehabt. Hochbeschlagene Bachen trennen sich von der Rotte, um in dichten Dickungen zu frischen. Keiler stecken auch jetzt einsam im tiefsten Forst, halten selten Wechsel und noch weniger die Zeit inne. In warmen Nächten zu Ausgang des Monats nehmen die Sauen schon gern Feldfuhlen an.

Die Rehe ziehen aus dem inneren Walde nach den Vorhölzern, um auf gepflegten Revieren gewöhnlich mehrmals nahe Saatfelder aufzusuchen. Abends tritt das Reh gewöhnlich bei oder nach Sonnenuntergang aus. Auf die Salzlecken ist Obacht zu geben und für neue Auffüllung zu sorgen. Schneereiche Märzmonate, in denen Frost und Regen einander ablösen, tun oft großen Schaden.

Die Auerhähne haben sich ihre Balzstände erkoren und treten in manchen Gegenden schon Ende März bei guter Witterung in die Balz.

Der Hase hatte früh mit dem Rammeln begonnen, deshalb werden Hasensätze in diesem Monat keine Seltenheit sein. Die jungen Häschen fallen nur zu leicht der Nässe zum Opfer. Dagegen kann sie der Jäger nicht schützen, wohl aber gegen das Raubzeug, die Hunde, Katzen und Krähen, auf die er nach Kräften passen muß.

Rephühner beginnen sich zu paaren, und kämpfen die Hähne um die Hennen. Kleine, zum Schutze des Federwildes angelegte Feldremisen begünstigen die Paarung und fördern zeitige Gelege auch da, wo schwache Felddeckung vorhanden. Auch ist hier kein Ausmähen zu befürchten.

Die Märzenten haben sich gepaart und beginnen zu legen. Sie sind zu schonen.

Die Vogelzucht beginnt. Allem Anscheine nach haben wir mit einem früheren Eintreffen verschiedener Vogelarten zu rechnen. Strichvögel, z. B. Stare, waren in vielen Gegenden bereits im Januar anzutreffen; die Lerchen und die ersten Ringeltauben folgten im Februar. Hausrotschwanz, Bachstelze, Singdrossel, Kiebitz usw. werden bald folgen als Quartiermacher.

Die Schnepfe soll ja nach altem Jägerbrauch um Okuli bei uns eintreffen. In diesem Jahre kann der Zeitpunkt wohl stimmen. Nach jedem warmen Regen pilgere man gegen Sonnenuntergang hinaus in den Forst. Oft früher im Jahre, als man den örtlichen Verhältnissen nach glaubt, ist die Schnepfe eingetroffen. Leichte Hügel auf Gestellen, die durch gemischte feuchtgrundige Bestände führen, bieten die meiste Aussicht auf Erfolg. Die Schnepfe ist in ihren Lebensgewohnheiten übrigens sehr konservativ, und obschon der Zufall gerade auf dem Schnepfenstrich oftmals sein Spiel treibt, so kennt doch jeder wahrhafte revierkundige Weidmann gewöhnlich die Stätten, wo die Schnepfe am besten zu ziehen pflegt. Der gute Hund ist auf dem Strich unerläßlich, ohne ihn würde mancher glücklich heruntergeholte Langschnabel unter Laub, im Gebüsch elend verludern.

Schwerte, den 4. März 1926.

+ **Ehe-Jubiläum.** Am heutigen Tage können die Eheleute Gustav Hellmann und Frau, geb. Sommer, von der Schwerterheide das schöne Fest der silbernen Hochzeit feiern. Wir gratulieren bestens!

÷ **Frühjahrsmode.** Bald wird der Frühling seinen Einzug halten. Mit dem goldigen Farbenzauber der Natur wechselt auch der Mensch seine Kleidung und besonders die Damenwelt legt größte Sorgfalt auf die Auswahl der Garderobe. Ein guter Wegweiser ist Beyers Modenblatt, von dem heute ein Prospekt unserer Zeitung beiliegt, und das wir zur Durchsicht bestens empfehlen.

÷ **Marksteine.** Es wird hiermit auf die Erhaltung der Marksteine der trigonometrischen Landesaufnahme hingewiesen. Eine Bodenfläche von 2 qm um den Markstein gehört dem Staate und darf nicht bestellt werden. Die böswillige Beschädigung der Marksteine unterliegt den Strafbestimmungen des R. Str.-G.-B. Den Schuldigen trifft außerdem volle Ersatzpflicht.

÷ **Schießverein.** Die Mitglieder werden zu einer Versammlung am kommenden Samstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Lokale Schotte eingeladen.

+ **K. K. V. Hansa.** Im Vereinshause war gestern der kathol. kaufm. Verein „Hansa" zu seiner Monatsversammlung zusammengetreten, zu der auch die Damen der Vereinsmitglieder in stattlicher Anzahl erschienen waren. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hielt Kaplan Grafe aus Barop einen längeren Vortrag über „Spiritismus", dem mit großem Interesse gefolgt wurde und der eine äußerst lebhafte und anregende Aussprache im Gefolge hatte.

÷ **Die Mitglieder des Schutzvereins für Handel und Gewerbe e. V.** werden gebeten, zu der heute abend um 8.30 Uhr im Lokale Kordeck stattfindenden Versammlung pünktlich zu erscheinen.

÷ **Umschichtung der Arbeitermassen des Industriegebietes!** Die Umschichtung der Arbeitermassen des Industriegebietes ist nach der wirtschaftlichen Lage der Industrie dringend geboten. All' den Arbeitern, welche die Industrie in früheren Jahren aus den Ostprovinzen herangezogen hat, muß wieder eine andere Existenzmöglichkeit geschaffen werden, denn die Lage der Industrie im allgemeinen ist derart schlecht, daß sie auf Jahre hinaus nie wieder die ganze Friedensbelegschaft in den Produktionsprozeß einreihen kann. In unserm Heimatbezirk Schwerte—Hörde ist sie derart katastrophal, daß selbst bei der Einführung des Drei-Schichtensystems immer mit einer größeren Zahl von Erwerbslosen zu rechnen ist, und zwar einerseits wegen vollständigen Abbruchs verschiedener Zechen, anderseits schreitet die Metall-Industrie immer mehr der Amerikanisierung entgegen, und folglich ist immer mit einem ungeheuren Arbeiter-Ueberschuß zu rechnen. Aus diesen Gründen ist eine Umschichtung der Arbeiterschaft dringend geboten. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sich in Hörde eine „Interessengemeinschaft ehem. Landarbeiter" gebildet, deren Bestreben dahin geht, wieder aufs Land zu kommen, um sich dort durch Ansiedlung eine neue Existenz zu gründen. Ein diesbezüglicher Antrag an das zuständige Ministerium ist nach Rücksprache mit der Stadt- und Kreisverwaltung gestellt. Insbesondere haben sich Herr Landrat Hansmann sowie Herr Bürgermeister Reimann für den Antrag sehr warm ins Zeug gelegt, so daß Aussicht besteht, dank der warmen Befürwortung der beiden Herren zum Ziele zu gelangen. Es sollen nun in der Interessengemeinschaft auch die Gemeinden des Landkreises einbezogen werden. Alle Interessenten, die in der Lage sind, Landarbeit als Ansiedler zu leisten, erhalten nähere Auskunft durch Fritz Hoffmann, Hörde, Wilhelmstr. 24a.

÷ **Sommersonderzüge 1926.** Die diesjährigen Sommer-Sonderzüge werden voraussichtlich an folgenden Tagen verkehren:

Nach München von Hagen über Barmen-Elberfeld-Ohligs und von Düsseldorf am 1. und 15. Juni, am 1., 8., 15., 22., 26., 28., 30. Juli, am 5., 12., 19. und 26. August.

Nach Freiburg — Basel und Triberg - Konstanz von Hagen über Barmen-Elberfeld-Ohligs und von Düsseldorf am 3. und 14. Juni, am 1., 27., 29. und 31. Juli, am 18. August.

Nach Stuttgart, Ulm, Friedrichshafen von Hagen über Barmen-Elberfeld-Ohligs und von Düsseldorf am 28. Juli.

Nach Bremen - Hamburg von Düsseldorf über Elberfeld-Hagen-Hamm und von Solingen über Remscheid-Lennep am 2., 15., 27. und 29. Juli.

Nach Norddeich von Köln bezw. Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 29. und 30. Juli.

Nach Oldenburg - Wilhelmshaven von Köln und Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 28. Juli.

Nach Lübeck - Rostock - Warnemünde von Köln und Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 28. Juli.

Nach Lübeck - Travemünde - Holsteinische u. Oldenburgische Bäder von Köln und Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 30. Juli.

Nach Berlin von Köln und Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 5., 15., 28., 29. Juli.

Nach Marienburg - Königsberg von Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Hamm am 31. Juli.

Nach Eisenach - Frankfurt von Köln bezw. Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Arnsberg am 27. und 28. Juli.

Nach Goslar - Wernigerode - Halberstadt von Köln und Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Soest am 27. Juli.

Nach Nordhausen - Leipzig - Dresden von Düsseldorf bezw. Köln über Elberfeld-Barmen-Hagen-Soest am 30. und 31. Juli.

Nach Görlitz - Hirschberg - Breslau von Düsseldorf über Elberfeld-Barmen-Hagen-Soest am 28. Juli.

Nach Breslau - Neiße - Beuthen von Köln über Elberfeld-Barmen-Hagen-Soest am 28. Juli.

Aenderungen der vorstehend mitgeteilten Verkehrslage werden zwar möglichst vermieden, müssen aber vorbehalten bleiben, weil ihre Beibehaltung von der Gestaltung der neuen allgemeinen Fahrpläne für das Jahr 1926 abhängig ist.

÷ **Eisenbahn-Verkehrswunsch.** Das städtische Verkehrs- und Pressеamt Dortmund teilt mit: Vor kurzem erschien in der Presse ein Artikel, in dem auf die Unannehmlichkeit hingewiesen wurde, die dem reisenden Publikum dadurch entstehe, daß der um 3.51 Uhr nachm. in Hagen aus Richtung Rheydt-Elberfeld eintreffende E 355 nicht den Anschluß an den um 3.50 Uhr nachm. nach Witten-West-Dortmund Hbf. abfahrenden P 407 erreicht.— Der Westfälische Verkehrsverband, der in dieser Angelegenheit bei der Reichsbahndirektion Elberfeld vorstellig wurde, erhielt nunmehr folgenden Bescheid: „Ihrem Antrage auf Zusammenschluß des Eilzuges 335 und des Personenzuges 407 in Hagen bedauern wir nicht entsprechen zu können, da einmal der Eilzug 335 wegen des vorliegenden D 3 nicht früher in Hagen angebracht werden kann, zum anderen aber die Abfahrtzeit des Personenzuges 407 wegen der Anschlüsse in Witten-West nach Langendreer und Essen nicht hinausgeschoben werden kann. Etwaigen Uebergangsreisenden aus dem Wuppertale vermögen wir daher nur die Benutzung des D 3 bis Hagen anheimzustellen."

÷ **Zum Tode Ferdinand Freiligraths** am 18. d. Mts. hat Detmold, die Geburtsstadt des Dichters, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage zwar von einer öffentlichen Gedenkfeier Abstand genommen, die Oberschulbehörde aber ersucht, Schulfeiern zu veranstalten. Außerdem hat das Stadtverordnetenkollegium beschlossen, dem in dürftigen Verhältnissen lebenden Sohne des Dichters, Wolfgang Freiligrath, an diesem Tage ein Ehrengeschenk von 300 Mark überweisen zu lassen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch Soest, wo der Dichter sieben Jahre, von 1825—1832, gelebt hat, diesen Tag nicht sang- und klanglos vorübergehen lassen wird.

÷ **Ergste,** 4. März. Allg. Deutscher Turnerbund. Kreis 3. Ruhr-Mittel-Mark Bezirk 2. Am Sonntag, den 28. Februar d. Js., fand die diesjährige erste Bezirksvorturnerstunde, des Nachmittags um 2 Uhr hier beim Turnverein „Germania", Mitgl. d. ADT., statt. Zum Turnen traten 100 Turner und Turnerinnen an. Der Saal war von Turnern, Turnerinnen, Freunden und Gönnern der edlen Turnkunst um 2 Uhr schon überfüllt, so daß man das Turnen auf einen kleinen Raum an fünf Geräten beschränken mußte. Jeder Turner und Turnerin zeigten die größte Willenskraft, die Vorführungen der Turnwarte entsprechend nachzuturnen. Der Erfolg war groß. Nach Absingen eines Turnerliedes wurden die Freiübungen durchgenommen, dieselben nahmen nicht allzuviel Zeit in Anspruch. Das angesetzte Handballspiel konnte infolge des schlechten Wetters nicht stattfinden. Um 4 Uhr konnte die Versammlung eröffnet werden. Bei Eröffnung derselben gedachte man in würdiger Weise der gefallenen Kameraden im Weltkriege 1914—18. Gut Heil!

÷ **Sölde,** 4. März. Ein unechter Blumenfreund war der Arbeiter F. Sch. Er dachte nämlich nicht daran, sich der Mühe zu unterziehen, die Pflänzchen selbst zu setzen und sie dann mit viel Liebe hochzuziehen. Nein, diese Sorge und Arbeit überließ er gern anderen; wenn die Blumen dann in ihrem schönsten Schmuck für die aufgewandte Mühe dankten, so stellte sich der Liebhaber nächtlich mit einem großen Korbe ein und pflückte rauh die Blüten, um sie am nächsten Tage auf den Märkten an den Mann zu bringen. Schließlich glückte es, den unverschämten Dieb zu fassen. Er hatte sich vor dem Strafrichter zu verantworten und muß seine Räubereien mit 20 ℳ Geldstrafe statt vier Tage Gefängnis büßen.

÷ **Aplerbeck,** 4. März. Eine „schlagfertige" Hausfrau. Wie es heute ja leider keine Seltenheit ist, so leben auch die Hauswirtsleute D. mit ihren Mietern L. in denkbar größtem Unfrieden. Diese Verärgerung wurde so stark, daß Frau D., eine geborene Italienerin, am Silvesterabend mit südländischem Feuer über die 64jährige Frau L. herfiel, sie mit einem Gummischlauch bearbeitete und sie zuguterletzt noch die Haustreppe hinabwarf. Dies wurde der alten Frau, die bei der „Behandlung" übel mitgenommen worden war, doch zu bunt, und so hatte sich das Gericht mit der Angelegenheit zu befassen. Frau D. muß ihr allzu ungezügeltes Temperament mit einer Geldstrafe von 30 ℳ büßen.

÷ **Aplerbeck,** 3. März. Lebensmüde. Den früheren Fuhrunternehmer Böse von hier, Bergbofener Straße 10, fand man gestern in seinem Schlafzimmer erhängt vor. B. war durch die schlechte Zeit arbeitslos. Anscheinend haben Nahrungssorgen den erst 34 Jahre alten Mann in den Tod getrieben.

÷ **Schüren,** 4. März. Eine gröbliche Tierquälerei fand ihre gerechte Sühne. Zu verantworten hatten sich deswegen der Althändler M. L. aus Unna und der Arbeiter N., die im November des vor. Js. mit einem schwer beladenen Fuhrwerk durch die Ortschaft kamen. An einer starken Steigung wurde eines der beiden Pferde störrisch und weigerte sich, anzuziehen. Während der Fuhrwerksbesitzer L. sich entfernte, um Hilfe heranzuholen, kam aus entgegengesetzter Richtung ein zweites Fuhrwerk, und die beiden Knechte, die sich darauf befanden, zeigten sich gern erbötig, dem zurückgebliebenen Fuhrmann N. das widerspenstige Pferd „bändigen" zu helfen. Die rohen Patrone hieben nun unmenschlich auf die armselige Kreatur, die sich ja nicht wehren konnte, ein, und ließen sich auch durch die entrüsteten Zurufe der Hausfrauen nicht daran stören. Schließlich raffte sich eine mutige Frau auf und stellte sich vor das geschundene Tier; nun bequemten sich die Tierquäler endlich dazu, auf den Rat der mit Recht empörten Beschützerin zu hören und ein drittes Pferd vorzuspannen, und den drei Pferden war es jetzt eine Leichtigkeit, den Wagen den Knapp hinaufzuziehen. Bei L. ließ sich eine Schuld nicht nachweisen; der eigenartige Fuhrmann, der die rohe Mißhandlung seines Pferdes so ohne Widerspruch ansehen konnte, muß als Mitläter die Tierquälerei mit 30 ℳ Geldstrafe büßen.

÷ **Berghofen,** 4. März. Zu der Notiz „Leichtsinniges Fahren" bemerken wir, daß weder das Möbelauto der Fa. Worth noch das Auto des Herrn Dr. B. von Schwerte in der scharfen Kurve hätten anders fahren können. Letzterer ist im letzten Moment zur Seite gefahren, wodurch ein Unglück verhütet wurde. Vor einigen Tagen hat Dr. B. ebenfalls ein großes Unglück dadurch verhütet, daß er seinen Wagen auf der Ostenstraße in Schwerte 4 m vor einem Radfahrer zum Stehen brachte, der eine Frau überfahren hatte.

Zu spät.

W. w. K. Es ist in dem vergangenen Steuerjahre häufig Klage darüber geführt worden, daß Steuererleichterungen erst dann den Steuerpflichtigen bekannt wurden, wenn die Zahlungstermine bereits abgelaufen und die Steuer bezahlt war. Auch die Stundungsmöglichkeit von Vorauszahlungsbeträgen auf Grund des Aufbringungsgesetzes zur Vermeidung von besonderen Ueberzahlungen ist wiederum zu spät bekannt geworden. Anfangs hieß es, daß bei der Entscheidung von Stundungsgesuchen der schärfste Maßstab angelegt würde, und daß der Reichsfinanzminister nicht gewillt sei, die Befugnis zur Stundung allgemein den nachgeordneten Dienststellen zu übertragen.

Was nützt es, so muß man immer wieder fragen, wenn auch die Zentralverbände ein paar Tage, bevor die letzte Zahlungsfrist abläuft, in den Besitz dieser Erlasse kommen? Sie können nicht so schnell, wie es notwendig ist, diese Nachrichten an die interessierten Kreise weitergeben, denn der Druck sowie die Expedition und die Zustellung können nicht so schnell geschehen, daß jeder Steuerpflichtige noch früh genug im Besitze der neuen Bestimmungen ist.

Die genannten Stundungserleichterungen betreffen die Fälle, bei denen die Vorauszahlungen auf Grund des zur Vermögenssteuer 1924 veranlagten Betriebsvermögens zu berechnen sind. Unter folgender Voraussetzung konnte zur Vermeidung von besonderen Ueberzahlungen durch das Finanzamt eine Stundung der zuviel veranlagten Beträge erfolgen:

„Das dem Vorauszahlungsbescheid zugrundegelegte Betriebsvermögen mußte das Betriebsvermögen, welches nach den Angaben der Vermögenserklärung von 1925 zugrunde zu legen sein würde, um mehr als ein Viertel übersteigen."

Zur Begründung der obigen Forderung seien nochmals kurz einige bisher gleichgelagerte Fälle registriert. Das Vermögenssteuergesetz wurde am 10. August 1925 verabschiedet. Erst am 19. November 1925 wurden die Ausführungsbestimmungen erlassen. Bis zum 15. Dezember 1925 jedoch waren die Vermögenssteuer-Erklärungen bereits einzureichen, obwohl es kaum möglich war, angesichts der Schwierigkeiten der Materie und der höchst gefährlichen Zusammenhänge der Vermögenssteuerbilanz und der in den nächsten Wochen abzugebenden Einkommensteuerbilanz, sich in so kurzer Zeit ein genaues Bild über die Auswirkungen der neuen Bestimmungen zu machen. Nachträglich wurde im letzten Augenblick, jedoch mehr vertraulich als öffentlich, die Frist stillschweigend bis zum 31. Dezember 1925 verlängert. Für die am 10. Januar 1926 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer ergingen erst am 12. Januar 1926 neue Bestimmungen, die gewisse Erleichterungen durch Vorlegung der vorläufigen Bilanzen und dergl. brachten. Ebenso ist im letzten Augenblick erst die Verlängerung der Schonfrist für die Einkommensteuer-Vorauszahlungen im Januar bekannt geworden.

Es dürfte an der Zeit sein, daß das Reichsfinanzministerium Sorge dafür trägt, daß die Benachrichtigungen in Zukunft so frühzeitig an die Steuerpflichtigen gelangen, daß diese in der Lage sind, noch Nutzen aus den nachträglich bekannt werdenden Erleichterungen zu ziehen.

Weiße Woche von Meyer u. Günther.

Anläßlich dieser so beliebten Veranstaltung bringt die genannte Firma in den Lichthöfen ihres Geschäftshauses geschmackvolle Innendekorationen, dessen Beachtung nur zu empfehlen ist. Daß dabei die Schaufenster-Auslagen nicht übersehen werden dürfen, versteht sich von selbst. Die überaus reichhaltige Auswahl in allen Artikeln und die fabelhaft billigen Preise bei bekannt guten Qualitäten lassen die Ausnutzung dieser großzügigen Veranstaltung nur geraten erscheinen.



Vermischtes.

Nette Kameradschaft.

Seiner gesamten Barschaft und all' seiner sonstigen Habe wurde in Neumünster (Holstein) ein Wanderphotograph von seinem Kollegen beraubt, mit dem er sich gemeinsam in einem Pensionat eingemietet hatte. Der Bestohlene fand eines Tages bei seinem Erwachen Fenster und Kleiderschrank geöffnet und den letzteren völlig leer. Der Kollege war verschwunden und hatte auch des Freundes Barschaft in Höhe von 120 Mark mitgehen heißen. Der Gauner hatte mit seiner Beute Neumünster bereits verlassen und das Weite gesucht.

Filmstreifen statt — Grammophonplatten.

Nach einer Pariser Meldung bekam dieser Tage eine Frau Faucon-Johnson von der Wissenschaftlichen Gesellschaft die silberne Denkmünze für eine ganz bedeutsame Erfindung zugeteilt. Die Erfindung macht die bisherigen Grammophonplatten unnötig und ersetzt sie durch Streifen aus einem dünnen und leichtem Stoff, ähnlich den Filmstreifen. Die Erfindung wurde dieser Tage vor geladenen Vertretern der Presse vorgeführt und bewährte sich ausgezeichnet. Einer der Gäste sagte einige der Sätze auf den Streifen, und schon nach einer Arbeit von einer Minute konnte die Erfinderin die Rede wiedergeben, und zwar deutlicher als sonst auf Grammophonplatten. Der „sprechende Film" ist also wieder einmal erfunden. Eine besondere Eigenart der Erfindung ist ihr niedriger Preis. Es soll später so weit kommen, daß man den „sprechenden Streifen" seiner Billigkeit wegen vielfach an Stelle des geschriebenen Wortes wie einen Brief mit der Post verschickt. Die Erfinderin hat übrigens fünf Jahre lang unter den furchtbarsten Entbehrungen an dieser ihrer Erfindung gearbeitet.

Eine seltsame Matratze.

In Moskau lebt ein Weber, der nachts auf einer Matratze schläft, die er sich von seinen eigenen Kopfhaaren selbst angefertigt hat. Der Mann hat seit seiner Jugend die ihm abgeschnittenen Haare stets aufbewahrt, die, als er das 50. Lebensjahr erreicht hatte, zu einem Gewicht von 30 Pfund angewachsen waren. Nunmehr ließ er sich aus diesen eine Matratze anfertigen, um in seinen alten Tagen auf den Erzeugnissen seines Kopfes von des Tages Last und Mühen auszuruhen.

Europas Dattelparadies.

Fast allgemein glaubt man, daß die Datteln aus überseeischen Ländern, so hauptsächlich aus Afrika, zu uns kommen. Nach einem fachmännischen Bericht ist das jedoch nicht der Fall; denn die meisten Datteln, die gegenwärtig im Handel sind, stammen aus der in der spanischen Provinz Alicante liegenden Stadt Elche, bei der sich ein Palmenwald befindet, der nicht weniger als 120 000 Palmenbäume enthält. Da die Palmen bis zu 100 Jahre alt werden und jeder Baum vom 20. bis zum 80. Lebensjahre einen jährlichen Ertrag von ungefähr 50 Kilogramm Datteln liefert, kann man sich die ungeheure Menge der alljährlich in Elche geernteten Datteln vorstellen. Diese riesigen Fruchtmassen erklären es auch, daß vermutlich der gesamte Dattelverbrauch Europas allein nur von Elche gedeckt werden kann. Zu den Merkwürdigkeiten der Stadt Elche gehört übrigens auch eine Promenade, die mit Ulmen und Eschen bepflanzt ist. Diese Bäume sind in Spanien fremd und können nur unter sorgfältiger Pflege gezüchtet werden.

—oo—

Selbsthilfe.

Im „Hausfreund für Stadt und Land", Hamm (Westf.), schreibt Architekt Martini, Probsteierhagen in Holstein:

Zur Ueberwindung der Wirtschaftsnot bietet die Natur jedem von uns die vortrefflichste Selbsthilfe durch

Gewinnung von Seide.

In keinem Lande der Welt gibt es dafür so günstige Bedingungen und wächst ein so prachtvolles Maulbeerlaub, wie gerade bei uns, ja, nichts wächst in Deutschland auf jedem Boden besser und üppiger wie die Weiße Maulbeere.

Der Anbau derselben steigt in den letzten Jahren bedeutend, hat im Frühjahr vor. Js. allein über 5 Millionen Stück betragen, und genau wie in Ungarn, können in Deutschland Hunderttausende Familien allein vom Seidenbau leben und Milliardenwerte produzieren. Jeder kann dadurch zu Wohlstand gelangen, seine und der Kinder Zukunft lebenslänglich sicherstellen, denn die Maulbeerhecken werden sehr alt. Manche versuchen aus Unkenntnis und Eigennutz die Entwicklung zu hemmen, ohne sie aber glücklicherweise aufhalten zu können, denn wir stehen bereits vor der vollendeten Tatsache, daß jeder sehen kann, wie überall in Deutschland in Tausenden Züchtungen gewinnbringend Seide geerntet wird, daß Behörden, Städte und Vereinigungen aller Art zur Behebung der Not den Seidenbau energisch fördern. Das deutsche Volk muß seine Erwerbsmöglichkeiten ausnutzen. Es darf kein

Geld unnötigerweise in das Ausland schicken,

denn die deutsche Seide ist qualitativ und quantitativ der des Auslandes bedeutend überlegen. In Deutschland kann den ganzen Sommer hindurch in beliebig vielen Zuchten Seidenbau betrieben werden, während Italien z. B. nur eine bis zwei Zuchten durchführen kann, weil der trockene und heiße afrikanische Wüstenwind jede weitere Zucht vernichtet. Wenn der Seidenbau in früheren Jahren bei uns nicht hochkommen konnte, so lag das immer nur an dem Mangel der erforderlichen Kenntnisse, und weil der Seidenbauer stets ausgenutzt wurde. Die jetzt in Deutschland betriebene Hochzucht ist wissenschaftlich und praktisch so fundiert, daß niemand bei Innehaltung der Zuchtvorschriften an seiner Zucht etwas verderben kann, so daß heute Fehlschläge ebenso ausgeschlossen sind wie Mißernten.

Hundert Meter gepflegte Maulbeerhecke, die sich auch der Aermste evtl. für ein paar Mark Samen selbst beschaffen kann, bringen lebenslänglich jährlich zirka 800 Mark. Seidenbau kann jeder treiben in Stadt und Land. Die Arbeit ist leicht und sehr sauber. Die Seidenraupe gehört zu den wertvollsten Haustieren, kriecht nie umher, verursacht weder Schmutz, Geruch noch Geräusch, wird, wie in allen Ländern, in heizbaren Räumen gehalten, entschlüpft dem Ei nach 8—10 Tagen, liebt eine Temperatur von 18—20 Grad und spinnt sich nach 32—36 Tagen mittels eines 2500 Meter langen Fadens in den Kokon ein. Interessenten werden gern sachgemäß informiert, auch stehen ab Ende Mai die Lehrzucht in Leipzig und Probsteierhagen in Holstein zur kostenlosen Besichtigung zur Verfügung, damit sich jeder selbst ein eigenes Urteil bilden kann.

—oo—

Kunst und Wissenschaft.

Kapitän Byrd und seine Nordpolfahrt.

Ende März tritt der amerikanische Kapitän Byrd seine geplante Expedition nach dem Nordpol an. Die amerikanische Regierung hat ihm zu diesem Zweck einen 3500-To.-Dampfer zur Verfügung gestellt, der Brennstoff für eine Fahrt von 10 000 Meilen mitführt. Der Forscher wird ein dreimotoriges Fokker-Flugzeug und noch ein weiteres Reserveflugzeug an Bord nehmen. Die Fahrt geht zunächst bis zur Kingsbay auf Spitzbergen. Von dort alsdann nach Kap Morris Jessup auf Grönland und von hier im Flugzeug nach dem Nordpol.

—oo—

Aus dem Schatzkästlein des Wissens.

Der Lüneburger Silberschatz ist eine jetzt im Berliner Kunstgewerbe-Museum aufbewahrte Sammlung von Tafelgerät, meist Bechern, Pokalen, Kannen, Schalen und einigen anderen Gegenständen. Die Stücke wurden im 15. und 16. Jahrhundert von wohlhabenden Familien Lüneburgs für den Ratsschatz gestiftet und sind in spätgotischen bezw. Renaissanceformen gehalten.

Basta! Dieses Wort stammt aus dem Italienischen und ist der Imperativ der Verbums bastare (genügen, ausreichend sein). Es darf im deutschen Sprachgebrauch daher nur in der obigen Form angewandt werden und nicht etwa in Zusammensetzungen mit dem Hilfsverbum („das ist basta") oder ähnlichem.

Eifersucht. Die Herkunft des bekannten treffenden Wortes „Eifersucht ist eine Leidenschaft, die mit Eifer sucht, was Leiden schafft", ist dunkel. Einige sind der Meinung, daß es von Schleiermacher stammt, andere halten den Wiener Satiriker Saphir für den Urheber.

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren besten Dank.

Karl Pelzing u. Frau.

799

Statt Karten!

Eduard Kost
Emmy Kost
geb. Zarges
Vermählte

797

Schwerte, den 4. März 1926.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern mittag 11¼ Uhr, ganz plötzlich und unerwartet unser liebes Söhnchen und Brüderchen

Siegfried

im Alter von fast 2 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Anton Wegener

Schwerte, Lichtendorf, Sölde, Holzen, den 3. März 1926.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3¼ Uhr vom Sterbehause Hermannstraße 2a aus, statt. 798

Habe in **Westhofen** im Hause des Herrn Klosterhoff, Bahnhofstraße, eine

Zahnpraxis

eröffnet.

W. Franken,
Dentist.

Sprechzeit vormittags von ½9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr.
779 Sonntags von 10—12 Uhr.

Westfalenhalle Dortmund

4. bis 10. März

6 Tage-Rennen

Tag und Nacht geöffnet!

Achtung! Täglich Sonderzug ab Köln 6⁵⁶ über Mülheim (Rhein), Düsseldorf, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Essen-Hauptbhf., Bochum, Langendreer und zurück ab Dortmund 4⁰⁶.

⅓ Fahrpreisermäßigung 2., 3. und 4. Klasse!

Eintrittspreise 2-8 Mk., Logen 10-12 Mk.

Offene Stellen | **Stellenwechsel**

Stellenvermittlung
für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie und Schule (auch für männliche Berufe).

Die Anzeigen-Annahme für das bekannte Familienblatt

Daheim,

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet sich in der

Geschäftsstelle der Schwerter Zeitung.

Das Publikum hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und Gesuche usw., bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einspaltige Druckzeile (7 Silben) für Stellen-Angebote 80 ₰, Stellen-Gesuche 60 ₰, übrige kleine Anzeigen Rm. 1.—.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle der Schwerter Zeitung
Verlag Carl Braus
Gr. Marktstr. 3 Bahnhofstr. 3.

801

Grüne Heringe
10 Pfd. 1.90 M
Kabeljau vom Stck.
per Pfd 22 ₰
Schellfisch z. Braten
per Pfd. 23 ₰
Bückinge ℔ 25 ₰
Kiste 1.05 M
A. Kalsbach

Suvon
1. Fabrikate wie:
Küppersbusch und **Krefft**
Garantie für jeden Herd
Zahlungserleichterung
Reparaturen
in eigener Werkstatt.
Adolf Tondok
Hörderstr. 6.

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. Mk. 6.- franko
Dampfkäserei Rendsburg. 195

Krieger-Verein Schwerte
Samstag, 6. März, abends 8½ Uhr
Monatsversammlung.
Zahlr. Besuch erwartet
804 **Der Vorstand.**

Für Wöchnerin wird Landaufenthalt
in der Nähe **Dortmunds gesucht.** Ang. unt. **Dd. 265** an **Ala Haasenstein & Vogler A.-G., Dortmund.** 802

Junges Ehepaar
sucht einfaches, nettes Zimmer, möbliert, evtl mit Küchenbenutzung, zum 1. April. Guter Mietezahler.
Offerten unter 800 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein jüngeres, evgl. Morgenmädchen
gesucht. 805
Ostbergerstr. 12.

Auch
kleine
Anzeigen sind stets wirksam in dieser Zeitung.



Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abtl. A ist heute unter Nr. 196 die Firma Erich Rennefort, Schwerte, und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann Erich Rennefort in Schwerte eingetragen.

Schwerte, den 25. Februar 1926.

801) **Das Amtsgericht.**

Lichtspiele zur Reichskrone
Heute unwiderruflich zum letztenmal



Die Mühle von Sanssouci!
10 Akte.
Heute nachmittag 4 Uhr 803
Kinder-Vorstellung
Ab morgen:
Die Assmanns!
nach dem gleichnamigen Roman v. Courts Mahler.

Kochbücher
Haushaltungsbücher
Anstandsbücher
Carl Braus
Schwerte (Ruhr)
Bahnhofstr. 3. Gr. Marktstr. 3

Gegenwärtiger Stand der Kriegsschuldfrage in Amerika.

Von Dr. Erzard Friese.

Der Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Dr. Heinrich Schnee, hat nach seiner Rückkehr von einer Reise nach den Ver. Staaten von Nordamerika in einem eingesandten Bericht in dem Mitteilungsblatt jenes Arbeitsausschusses die Eindrücke wiedergegeben, die er in Amerika erhalten hat. Aus diesem Bericht ergibt sich ein sehr interessanter und für uns Deutsche höchst wichtiger Einblick in den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfrage in Amerika.

In welcher Weise während des Krieges die amerikanische öffentliche Meinung durch die gegnerische Lügenpresse zu Ungunsten Deutschlands bearbeitet worden ist, ist allgemein bekannt. Selbst ein sonst so unparteiisch und sachlich urteilender Mann wie Senator Lodge, ist auch durch die Wühlarbeit dieser Presse beeinflußt worden; das beweist die folgende Stelle aus seiner Rede vom 12. August 1919: „Alles, was wir forderten, war, daß Deutschland außer Stand gesetzt würde, noch einmal gegen eine friedliebende Welt loszubrechen mit all' den Schrecken, welche der deutschen Kriegsführung eigen sind."

Wenn schon das Urteil eines Mannes wie Senator Lodge durch die feindliche Propaganda getrübt wurde, so braucht man sich nicht zu wundern, daß die große Masse des amerikanischen Volkes durch sie völlig irregeführt wurde, und daß die Nachwirkungen dieser Irreführung bei ihr auch heute noch zu verspüren sind.

So ist denn auch bei dieser Masse die Ueberzeugung von der deutschen Kriegsschuld auch heute noch vorhanden und ist für viele eine Art Glauben geworden. „Auf den Monumenten der im Kriege Gefallenen steht eingemeißelt, daß sie den Tod gefunden haben im Kampf für die gerechte Sache der Freiheit." Die Angehörigen dieser Gefallenen wehren sich nun mit aller Gewalt gegen die Behauptung, daß die Sache in Wirklichkeit gar nicht so gewesen ist, wie sie z. B. durch die Kriegspropaganda dargestellt worden ist.

Den gleichen Widerstand gegen die Wahrheit trifft man auch heute noch in offiziellen Reden und in den großen Zeitungen an. In einer Rede, die der Präsident Coolidge im Oktober 1925 in einer Veteranenversammlung in Omaha gehalten hat, wird gesagt, daß das Eintreten Amerikas in den Weltkrieg „die Zivilisation vor einer gigantischen Katastrophe bewahrt habe", und daß die amerikanischen Soldaten die Frage, „ob die Prinzipien des Despotismus oder das Prinzip der Freiheit unter den Nationen zur Herrschaft gelangen soll", entschieden hätten. Und was die großen Zeitungen angeht, so konnte man noch Ende vorigen Jahres in der „New York Times" lesen, daß man jetzt sicherer als am ersten Waffenstillstandstage wisse, daß dank dem amerikanischen Eintreten „die Welt der Gefahr eines bewaffneten und unbesiegbaren Imperialismus entronnen sei".

Aber trotz dieser im allgemeinen noch weit verbreiteten falschen Einstellung der öffentlichen Meinung über die Kriegsschuldfrage fängt sich in bezug auf diese doch seit einigen Jahren ein Wandel der Anschauungen anzubahnen an. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß verschiedene hervorragende Amerikaner, darunter sehr angesehene Hochschullehrer, Historiker von Fach, sich wissenschaftlich mit der Kriegsschuldfrage zu beschäftigen begonnen und die Ergebnisse ihrer Forschung, die der landläufigen Auffassung durchaus widersprechen, in wissenschaftlichen und politischen Zeitschriften veröffentlicht haben.

Noch tiefer hat in bezug auf die Beurteilung der Kriegsschuldfrage das unerschrockene Auftreten des Senators Owen gewirkt, der im Dezember 1923 im Senat in Washington die bekannte große Rede hielt, in der er durch Beibringung eines reichen, zum großen Teil auf einer Reise in Europa gesammelten Materials den Nachweis lieferte, daß nicht Deutschland und Oesterreich, sondern Rußland und Frankreich die Hauptschuldigen am Weltkriege waren, und der dann am 16. Februar 1925 eine Resolution einbrachte, die vom Senat angenommen wurde und die forderte, daß die Stelle der Kongreßbibliothek, welche dazu eingesetzt ist, um die Senatoren mit Material, betreffend die Gesetzgebung, zu versehen, für den Senat einen unparteiischen Auszug nebst Liste von allen authentischen wichtigen Beweismaterial über die Ursache des Weltkrieges vorbereiten soll, welches bisher in gedruckter Form vorliegt oder sonst zugänglich ist, unter Weglassung aller unwichtigen Dinge, und daß diese Zusammenstellung dem Komitee für auswärtige Beziehungen spätestens am 1. Februar 1926 vorgelegt werden soll.

Eine für uns günstige Beeinflussung der amerikanischen öffentlichen Meinung über die Kriegsschuldfrage erwartet Schnee auch von den kirchlichen Kreisen Amerikas. Die Zeitschrift „Christian Century" bringt neuerdings eine Artikelreihe des Professor Barner über jene Frage. Ferner hat einer der hervorragendsten amerikanischen Geistlichen, Parker Codman, der an der Weltkirchenkonferenz in Stockholm teilgenommen hat, nach seiner Rückkehr von dort sich in einer viel beachteten Rede gegen die gegen Deutschland erhobenen Anschuldigungen gewandt, und derselbe Geistliche hat am Waffenstillstandstage, am 11. November 1925, in seiner durch Radio verbreiteten Gedenkrede das amerikanische Volk aufgefordert, alle Kräfte dafür zu sammeln, um Frieden auf der Grundlage der Wahrheit und der Gerechtigkeit herzustellen und die Gleichberechtigung aller Nationen herbeizuführen.

Von Bedeutung für die weitere Gestaltung der öffentlichen Meinung ist ferner, daß die englische Hetzpropaganda gegen Deutschland, die diese Meinung während des Krieges am tiefsten beeinflußt hat, nach dem Kriege zunächst nachgelassen und dann ganz aufgehört hat.

Dazu kommt dann endlich noch folgendes: Die gesamte Einstellung uns gegenüber ist in Amerika wesentlich von der Meinung beeinflußt, die man sich dort von der Entwicklung des deutschen Volkes macht. „Jedenfalls," sagt Schnee, „hat der Umstand, daß das deutsche Volk sich aus seinem Zusammenbruch allmählich emporarbeitet, daß es seine Währung stabilisiert hat, daß es von den Amerikanern als lebenskräftiges, arbeitsames Volk angesehen wird, welches seinen Platz als gleichberechtigte Nation in der Welt wieder einnehmen wird, eine günstige Wirkung auf die allgemeine amerikanische Stimmung gegenüber Deutschland. Die Annahme des Dawesplanes und der von deutscher Seite gezeigte gute Wille, ihn zu erfüllen, hat zu der Verbesserung dieser Stimmung zweifellos beigetragen. Ebenso ist es mit dem Locarno-Abkommen, dessen Annahme von der überwiegenden Mehrzahl der Amerikaner als weiterer Fortschritt auf dem Wege zum europäischen Frieden angesehen wird."

Es sei zum Schluß noch bemerkt, daß, wie Schnee hervorhebt, die Deutsch-Amerikaner weder während des Krieges noch nach dem Kriege die Wirkungen der feindlichen Propaganda auszugleichen vermocht haben, sondern sogar z. T. ihr selbst unterlegen sind. Neuerdings hat allerdings die vor einigen Jahren als politische Organisation der Deutsch-Amerikaner begründete „Steubengesellschaft" den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge erfreulicherweise als einen Hauptzweck mit in ihr Programm aufgenommen. Wenn so die Ueberzeugung von der deutschen Kriegsschuld heute noch in den breiten Klassen des amerikanischen Volkes herrscht, so mehren sich doch die Anzeichen, daß sich hierin allmählich eine Aenderung zu unseren Gunsten vollziehen wird. Aber es bedarf dazu weiterer Anstrengung und weiteren zähen Kampfes.

Der Schrecken Rußlands.



Ein Mitglied der Allgemeinen politischen Polizei-Verwaltung (Tschela) Rußlands, die dort sehr gefürchtet ist, in der neuartigen Uniform.

—oo—

Die Forderung der Ostmärker.

Kein Ratssitz an die Polen!

Anläßlich der zurzeit in Berlin abgehaltenen Tagung des Deutschen Ostbundes fand am Montag abend im Berliner Konzerthaus „Clou" ein vom Deutschen Ostbund und den ehemaligen Angehörigen des fünften Armeekorps veranstalteter Ostmärkerabend statt. Der Vorsitzende des Ostverbandes Groß-Berlin—Brandenburg des Deutschen Ostbundes gab in einer Begrüßungsansprache die Parole aus:

„Was verloren ist, darf nicht verloren sein!"

Die Ostfrage sei die deutsche Frage. Nachdem der Redner der Gefallenen gedacht hatte, sang die Versammlung das Niederländische Dankgebet. Der Präsident des Deutschen Ostbundes, Geheimer Oberregierungsrat v. Tilly, führte in seiner Festrede u. a. aus: „Unsere Organisation lehnt jede Parteipolitik ab, aber in den großen Fragen der Weltpolitik verfolgen wir das Ziel, im Osten Deutschlands deutsche Kultur zu verbreiten, vor allem aber die Länder zurückzugewinnen, die uns von den Polen entrissen worden sind. Das Vertragswerk von Locarno enthält keine Bestimmung, die uns in der Verfolgung unserer ostmärkischen Wünsche und Ziele irgendwie beeinträchtigt.

Wir Ostmärker haben die Grenze, die uns das Versailler Diktat im Osten auferlegt, stets nur als eine Episode aufgefaßt. Diesen Standpunkt hat sich die Reichsregierung durch das Vertragswerk von Locarno zu eigen gemacht. Für diese Niederlage verlangt Polen jetzt einen Ausgleich durch einen Ratssitz im Völkerbund. Das würde alle unsere Hoffnungen, die wir an Locarno knüpften, mit einem Schlage zunichte machen. Wir verlangen von der deutschen Delegation die Abreise von Genf, wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter gleichzeitiger Gewährung eines Ratssitzes an Polen erfolgen soll."

—oo—

Kolonisierung der deutschen Industrie.

Herr Harriman ist zurzeit von Amerika nach Europa unterwegs und wird im Laufe der nächsten Tage auch nach Berlin kommen, um hier den Vertrag mit Giesches Erben zum Abschluß zu bringen. Es ist vor einigen Wochen in der Presse über diesen Vertrag viel geschrieben worden, aber offenbar haben die zuständigen Stellen der preußischen Regierung nicht die Konsequenz aus der ganz einmütigen Haltung der deutschen Presse gezogen. Es scheint uns daher geboten, nachdrücklich auf einen ausführlichen Aufsatz hinzuweisen, der in der bekannten Wochenschrift „Der Deutschenspiegel" (Berlin W. 53) Heft 7 erschienen ist, und der vor allem die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage auf Grund eingehender Kenntnisse der Verhältnisse schildert.

Was die Liebe vermag

Roman von Eduard Wagner.

39. Fortsetzung (Nachdruck verboten).

22. Kapitel.

In der Bildergalerie.

Clifford mischte sich wieder unter die anderen Gäste und begann seine Nachforschungen in so sorgloser Weise, daß niemand eine Ahnung von seiner wirklichen Absicht haben konnte. Jedermann sprach von der Lady, von ihrer Schönheit und Liebenswürdigkeit, daß es niemand auffallen konnte, wenn er hin und wieder einer Frage oder eine Bemerkung über ihre Vergangenheit fallen ließ.

Was er erfuhr, war jedoch nur wenig mehr, als er bereits wußte. Nicht ein Wort zur Bestätigung der besonderen Mutmaßung Clifords wurde laut. Mehrere der Anwesenden hatten Miß Fulgor in Gesellschaft in Florenz gesehen und niemand zweifelte daran, daß sie wirklich war, was sie zu sein schien.

Clifford suchte sich gewaltsam von dem Gedanken, daß die stolze Lady die totgeglaubte Gattin Lord Oskars sein könne, zu befreien; aber es war ihm nicht möglich. Ueberall, wohin er kam, wurde von dem neuen Stern gesprochen, der an dem Gesellschaftshimmel Londons so plötzlich erschienen war und so blieben seine Zweifel stets wach.

Nach dem Essen, als die Förmlichkeiten des Abends vorüber waren und eine allgemeine Unterhaltung in Gang kam, traf Clifford wieder mit Lady Romondale zusammen. Ihr Gatte war von einigen Freunden in Anspruch genommen, während sie von einer Gruppe von Herren und Damen umgeben wurde. Clifford näherte sich ihr und bemerkte, als ihre Augen den seinigen begegneten, daß sie leicht erbebte.

Nach einigen bedeutungsvollen Bemerkungen lenkte er das Gespräch auf ein paar Gemälde von hohem, künstlerischem Wert, die der Marquis von St. Berry kürzlich erworben hatte und auf welche er sehr stolz war. Er bat schließlich um die Erlaubnis, sie Romondale zeigen zu dürfen.

Sie konnte dieses Anerbieten nicht ablehnen, ohne sich einer Unhöflichkeit schuldig zu machen.

Die Bildergalerie war ein geräumiges Gemach im ersten Stock, brillant erleuchtet, wie alle Räume des Hauses, so daß sich alle Gemälde, Statuen und sonstigen Kunstgegenstände, welche wohl geordnet und mit den Namen ihrer Meister versehen waren, im schönsten Lichte zeigten.

„Diese Gemäldegalerie ist eine der wertvollsten Londons," sagte Clifford unbefangen. „Sie ist für das Publikum jeden Dienstag geöffnet und immer sehr reich besucht. Lord St. Berry gestattet jedem Kunstliebhaber gern den Anblick seiner Schätze. Er ist der uneigennützigste Edelmann, denn ich je kennen gelernt habe."

Es befanden sich noch einige andere Gäste in der Galerie und in den anstoßenden Zimmern.

Clifford erklärte Lady Romondale alles mit den Worten eines Kunstkenners und ersah aus ihren Aeußerungen daß auch sie die Kunst hoch schätze. Er schien vollkommen ruhig, während er innerlich vor Ungeduld darauf brannte sie auf die Probe zu stellen.

Sie hatten das eine Ende der Galerie erreicht. Da hielt Clifford, den rechten Augenblick für gegeben, um seinen Zweifeln ein Ende zu machen.

„Dort sind lauter Porträts der Familie St. Berry," sagte er, nach der anderen Seite des Saales zeigend, „oder besser gesagt der Familie Rocester, denn Rocester ist der Familienname des Grafen. Sind sie mit den Familienverbindungen des Marquis bekannt, Mylady?"

„Nein," antwortete die Dame. „Ich weiß nur, daß Lord St. Berry der beste Freund meines Gatten ist, daß sie seit langer Zeit politische Verbündete sind und ganz besonders miteinander sympathisieren und habe lediglich gehört, daß der Graf kinderlos sei, da er seinen einzigen Sohn vor acht Jahren verloren habe."

Diese Worte waren gänzlich unbefangen gesprochen.

Clifford war erstaunt. War diese Dame wirklich Emmy, dann stand es fest, daß der Name ihres ersten Gatten für sie noch ein versiegelte Geheimnis war. Wie aber hatte sie sonst erfahren können, daß sie Witwe sei? Wie hatte sie es wagen können, wieder zu heiraten —und noch dazu den stolzen Lord Romondale?

Nein, es war nicht möglich, daß die Lady mit der verlorenen Emmy indentisch war. Er hatte sich von einigen vollständig zufälligen Aehnlichkeiten zu einem großen Irrtum verleiten lassen. Dennoch wollte er die vollste Gewißheit haben und die stärkste Probe anstellen, nur, um sich selbst zu beruhigen und seine Zweifel für immer zu verbannen.

„Ja," sagte er, „Lord St. Berrys einziger Sohn starb vor acht Jahren; seine Ehe mit Lady Georgine blieb kinderlos. Lord Oskar war mein Freund."

Er sah wie Lady Romondale von neuem erbebte.

„Lord Oskar führte ein bewegtes Leben," fuhr Clifford fort, „und seine Torheiten brachen beinahe seines Vaters Herz. Nach seiner Heirat mit Lady Georgine Glamore aber änderte er sich vollständig; er wurde still und finster. Doch hier ist sein Bild. War er nicht hübsch?"

Der Lichtschein fiel voll auf Lord Oskars Bildnis, welches so wohl getroffen war, daß man in Versuchung kommen konnte, zu glauben, er stehe lebend da. Lady Romondale sah sorglos zu dem Gemälde auf; kaum aber war ihr Blick auf das Antlitz des jungen Lords gefallen, als sie einen kurzen, leisen Schrei ausstieß, welcher aus tiefster, von plötzlichem Schmerz durchdrungener Seele kam. Eine Ohnmacht schien ihre Sinne zu umnachten, und kraftlos sank sie zusammen.

Clifford sprang rasch hinzu und fing sie in seinen Armen auf, worauf er sie auf einen Divan niederließ. In der Nähe weilende Gäste eilten besorgt herbei und fragten, was der Lady geschehen sei. Nach kaum einer Minute schlug diese die Augen wieder auf.

„Verzeihen Sie," sagte sie mit schwacher Stimme. „Eine Nervenschwäche übermannte mich. Ich bin wieder ganz wohl."

Die Umstehenden glaubten, daß sie nur von übergroßer Anstrengung ohnmächtig geworden war und zerstreuten sich wieder.

Nach Verlauf weniger Minuten hatte sich die Lady so weit erholt, daß sie es über sich gewinnen konnte, sich mit scheinbarer Ruhe lächelnd zu erheben.

„Mr. Clifford, ich will Ihre Begleitung annehmen, und wenn ich wieder ganz wohl bin, meinen Gatten aufsuchen."

Clifford verbeugte sich und bot der Dame seinen Arm an, worauf beide langsam in der Galerie auf und ab gingen. Clifford war scharfsichtig genug, zu bemerken, daß sie eine gewisse Abneigung von dem Augenblick an, als er ihr an diesem Abend zuerst begegnet war, gegen ihn empfunden hatte. Sie hatte sich bestrebt, sich soviel wie möglich von ihm fernzuhalten. Jetzt hatte sich ihr Wesen gänzlich verändert. An die Stelle ihrer Kälte und Gemessenheit war eine anhaltende Aufregung getreten, die sie vergebens zu unterdrücken versuchte. Ihr Begleiter wunderte sich durchaus nicht, als sie von neuem vor dem Bilde Lord Oskars stehen blieb.

„Es war des Grafen einziger Sohn, sagten Sie?" fragte sie, indem sie sich bemühte, ihrer Stimme einen gleichgültigen Klang zu geben. „Wie war sein Name?"

(Fortsetzung folgt.)

Giesches Erben sind bei weitem der größte Zinkproduzent Deutschlands gewesen. Ihr Felderbesitz ist durch die Trennung Polens geteilt worden. Die polnische Giesche-Gesellschaft ist inzwischen vollständig unter den Einfluß der Harriman-Gruppe geraten. Wenn der Vertrag mit Harriman in der geplanten Form auch mit der deutschen Gesellschaft abgeschlossen wird, wird auch diese ganz unter amerikanischem Einfluß stehen. Vor allem wird die gesamte Erzausbeute auf den deutschen Feldern, die der Gesellschaft noch verblieben sind, in die Hütten der polnischen Gesellschaft wandern müssen. Dadurch wird die deutsche Industrie, deren Zinkbedarf auf etwa 190 000 to jährlich geschätzt wird, mit rund 90 000 to in die Abhängigkeit vom Ausland kommen und für immer die Aussicht verlieren, sich von dieser Abhängigkeit je wieder frei zu machen. 90 000 to bedeutet aber für die deutsche Außenhandelsbilanz jährlich bei dem heutigen Zinkpreis 67½ Millionen-Mark. Würde dagegen die deutsche Gesellschaft Giesches Erben ganz in deutschen Händen bleiben und nach den Interessen der deutschen Volkswirtschaft durch Errichtung eigener Schachtanlagen und eigener Hütten ausgebaut werden, dann würde binnen weniger Jahre die deutsche Rohzinkindustrie imstande sein, den deutschen Inlandsbedarf vollkommen zu decken. Dabei sind die Beträge, deretwegen sich die deutsche Giesche-Gesellschaft an die Harriman-Gruppe glaubt verkaufen zu müssen, im Hinblick auf die Werte, die diese Gesellschaft auch heute noch repräsentiert, verhältnismäßig geringfügig. Man kann sich nicht vorstellen, daß es nicht möglich sein sollte, diese Beträge auf dem deutschen Geldmarkt aufzutreiben, und man muß erwarten, daß die preußische Regierung, die hierzu nach den Statuten der Gesellschaft berechtigt ist, alles aufbietet, um die Interessen der deutschen Wirtschaft wahrzunehmen und ein so großes und wichtiges Unternehmen wie Giesches Erben nicht an ausländisches Kapital ausliefern zu lassen.

—oo—

Evangelische Volksschulheime.

In Westfalen gibt es drei Volkshochschulheime. Das ältere ist der Lindenhof, der 1919 in Bethel bei Bielefeld eröffnet wurde. Von dort aus wurde im vergangenen Jahr ein zweites Heim in Lienen im Kreise Tecklenburg gegründet. Ein drittes Heim für kurze Kurse besteht in der Wislade bei Lüdenscheid. Diese Volkshochschulheime sind nicht zu verwechseln mit den Volkshochschulkursen, die nach dem Kriege in unseren Städten entstanden, aber meist sehr schnell wieder verschwanden. Von ihnen, die meist unter dem Leitwort standen: „Wissen ist Macht“, unterscheiden sie sich grundsätzlich durch das Ziel der Arbeit. Bei den Volkshochschulheimen kommt es nicht in erster Linie auf das Wissen an, sondern auf die Gestaltung und Stärkung des Gewissens.

Das evangelische Volkshochschulheim in Lienen, das unter der Leitung von Pastor Thiemann-Tecklenburg steht, beginnt am 7. April einen dreimonatigen Lehrgang für junge Mädchen. Diese leben die drei Monate gemeinsam in dem Heim, das 23 Personen Platz bietet. Fächer sind: Religion, Lebenskunde, Deutsch, Heimatkunde, Bürgerkunde. Besonders für Mädchenlehrgang eingelegt sind die Unterrichtsstunden in Erziehungskunde, Säuglingspflege und häuslicher Krankenpflege. Auch Hausarbeit wird betrieben. Ferner ist noch Gelegenheit zur Fortbildung im Rechnen, Lesen und Schreiben. Turnen, Spielen und Wandern sollen dem Körper Bewegung geben. Die jungen Mädchen erfahren also hier eine der weiblichen Eigenart entsprechende Ausbildung.

—oo—

Aus den Provinzen.

Eisenbahnunglück im Dortmunder-Feld.

Dortmund, 4. März. Am 2. März, abends 10,15 Uhr, entgleiste bei der Einfahrt der Güterzug 8574. Der erste Wagen und die nachfolgenden 24 Wagen wurden hierbei vollkommen zertrümmert. Die Güterzugstrecke Hörde—Dortmunder-Feld und die Personenzugstrecke Hörde—Dortmunder Hbf. mußte infolge dieses Unglücks gesperrt werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Aufräumungsarbeiten haben etwa 24 Stunden in Anspruch genommen. Der Personenzugverkehr wurde durch Umleitung vorerst aufrecht erhalten. Die Untersuchungen über die Ursache des Unglücks sind eingeleitet. Der Materialschaden ist bedeutend. Wäre z. Zt. des Unglücks ein Personenzug von Dortmund nach Hörde abgelassen worden, so wäre diese unweigerlich in die Trämmer des entgleisten Zuges hineingefahren und das Unglck wäre dann unübersehbar gewesen.

Berufung verworfen.

Hagen, 4. März. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu Hagen i. Westf. fand gestern erneut die Verhandlung gegen den erwerbslosen Wilhelm Grund wegen schweren Raubes im nahen Schwerte statt. Nach eingehender Beweisaufnahme verwarf das Gericht die Berufung und ließ das frühere Urteil, 2½ Jahre Gefängnis, bestehen.

Freilegung des neuen Hotels

Von der Möhnetalsperre, 4. März. Die Umfassungsmauern des alten Rittergutes Haus Delecke, das bekanntlich zurzeit zu einem erstklassigen Hotel umgebaut wird, waren seit langem in einem sehr schlechten Zustande. Es bestand der Plan, die Mauern nach Fertigstellung des Hotels auszubessern und mit neuem Zement zu bewerfen. Das Hus selbst würde dadurch aber kaum gewonnen haben und von der Straße aus nicht sonderlich beachtet worden sein. Es scheint nun, daß man dieses ursprüngliche Vorhaben aufgegeben hat; denn in den letzten Tagen haben die Arbeiter des Ruhrtalsperrenvereins mit dem Abbruch der Mauer begonnen. Schon jetzt sieht man, daß das die glücklichste Lösung sein dürfte, denn der schloßartige Bau kommt dadurch erst zur Geltung.

700 Jahrfeier.

Hamm, 4. März. Heute begeht die Stadt Hamm an der Lippe ihren 700jährigen Geburtstag. Als die wirtschaftliche Not sich noch nicht so zugespitzt hatte, war eine größere Gedenkfeier vorgesehen. Nun aber, nachdem die Arbeitslosigkeit so grassierend um sich gegriffen hat, ist von jeder Festivität aus ganz begreiflichen Gründen abgesehen worden. Aus diesem Grunde findet heute im Museum lediglich eine intime Feier statt.

Das Bielefelder Wohnungsbauprogramm.

Bielefeld, 4. März. Das Bielefelder Wohnungsbauprogramm sieht für die Jahre 1926 bis 1939 den Bau von jährlich 340 Wohnungen vor. Die Zahl der von Baulustigen beim Magistrat eingereichten Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken ist bedeutend höher. Zunächst kann der Bau von 200 Wohnungen finanziert werden; aus dem Aufkommen von Hauszinssteuer stehen 900 000 und aus dem Ausgleichsfonds 250 000 Mark zur Verfügung. Da eine Finanzierung der Bauten aus Anleihemitteln nicht in Frage kommt, ist die finanzierung der restlichen 15 Bauten eine Erhöhung der Hauszinssteuer oder anderen Steuern erforderlich.

Millionen Defizit.

Essen, 4. März. Der ungedeckte Fehlbetrag des ordentlichen Etats für 1926/27 der Stadt Essen beträgt nicht weniger als 6,3 Millionen Reichsmark, obwohl man z. B. für die Wohlfahrtsverwaltung bereits 1,5 bis 2 Millionen Reichsmark weniger angesetzt hat, als dies nach den berechtlichen Ausgaben für Dezember 1925 und Januar 1926 gerechtfertigt war. Ueber die Deckung des Fehlbetrages sind bisher noch keine Entschlüsse gefaßt wgrden.

Erfolg gegen die schwarze Schmach!

Essen, 4. März. Nach dem Stande von Anfang November 1925 befanden sich in französisch besetzten Gebiet noch ungefähr 1013 farbige Franzosen. Diese verteilen sich auf folgende Orte: Kreuznach, Mainz, Wiesbaden, Kaiserslauten, Düren, Koblenz, Landau, Germersheim und Ludwigswinkel. In Wiesbaden,das nun von den Engländern besetzt ist, befinden sich keine Farbigen mehr. Da sich die Zahl ursprüglich auf viele Tausende belief, so ist das gleichzeitige Vorgehen der Rheinischen Frauenliga, des Deutschen Rotbundes „Rettet die Ehre“ nicht ohne Erfolg geblieben. Wir werden weiter kämpfen, bis auch der letzte farbige Franzose aus dem besetzten Gebiete verschwunden ist.

Die Mainzer Gasthöfe.

Köln, 4. März. Durch Abdruck einer Zeitung des unbesetzten Gebietes erschienen in mehreren Tageszeitungen Mitteilungen von einer Beschlagnahme von 19 Mainzer Hotels. Demzufolge teilt die Interessengemeinschaft Mainzer Hotels, Gastwirte und verwandte Betriebe mit, daß dieses unzutreffend ist, die Mainzer Hotels schon seit über einem Jahr von der Beschlagnahme frei sind und es auch nach einem Beschlusse der obersten Besatzungsbehörde bleiben werden.

Ein ängstlicher Hochzeiter.

Trier, 4. März. Zu welchen Folgen die augenblickliche wirtschaftliche Not führen kann, das zeigte sich in dem benachbarten Ehrang. Die Hochzeit eines jungen Brautpaares war angesetzt, und es sollte die Ziviltrauung beim Standesamt stattfinden. Alles war in bester Ordnung und ging den vorgeschriebenen Weg. Als aber der Standesbeamte den Bräutigam fragte, ob er die anwesende Braut zur ehelichen Frau nehme, antwortete dieser mit einem entschiedenen „Nein!“ Mit dem Bemerken, daß er mit 15 Mark Wochenlohn keine Frau ernähren könne, lehnte er zunächst alle Ueberredungskünste der Verwandten und Trauzeugen ab. Schließlich bewirkten gute und böse Worte eine Umstimmung des wohl ängstlichen Bräutigams, und er sagte „Ja“. Die kirchliche Trauung sollte nun am folgenden Tage sein. Doch vor Ankunft des Geistlichen entfernte sich der Bräutigam — diesmal für immer — unter Zurücklassung von Zylinder und Gebetbuch und suchte seine Freiheit draußen. Nun bleibt für die Braut wohl nichts weiter übrig, als bessere Zeiten abzuwarten.

Stilblüten im Reichstag.

Der Reichstagsabg. Walther Lambach gibt in einem soeben bei der Hanseatischen Verlagsanstalt in Hamburg erschienenen Buche: „Die Herrschaft der 500“ ein interessantes Bild vom Leben u. Treiben des deutschen Parlamentarismus. Es ist wohl das erstemal, daß es einer unternommen hat, ungeschminkt und ohne jede Tendenz die Wirklichkeit zu schildern. Und nicht in trockenem, dozierendem Ton, sondern anregend, in oft humorvoller Plauderei, der überdies 55 überaus reizvolle Momentaufnahmen beigesteuert sind, zu denen die Abgeordneten aller Parteien während ihres Aufenthalts im Reichstag, in seinen Ausschüssen oder in seinem Restaurant ahnungslos das Motiv gegeben haben. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages bringen wir unseren Lesern hier einen Abschnitt aus dem vortrefflichen Buche. Müller-Hinterwalden ist ein fingierter Abgeordneter. Wir beginnen an der Stelle, da er dazu verurteilt ist, eine der blumenreichen Dauerreden des Kommunisten Höllein anzuhören.

Er (Höllein) hat schließlich aufgehört — so gegen das Ende der dritten Stunde und sich dann stolz auf seinen Platz gesetzt. Die Abstimmung ergab die schon vorher bekannte Mehrheit für das Gesetz, und die Hochposten der bürgerlichen Parteien konnten ihre Vortragsmanuskripte zu dem vielen übrigen beschriebenen und bekritzelten Papier legen, das sich bei einem Abgeordneten ansammelt. Aber Herr Müller freute sich doch, einmal gezwungen gewesen zu sein, eine ganze Rede des Abg. Höllein vom ersten bis zum letzten Wort mit anhören zu müssen. Es geht doch nichts über seine bilderreiche Sprache. Als er einmal einen Zwischenruf von den Mehrheitssozialdemokraten bekam, da schrie er sie an: „Unter den Fittichen dieses Schlagwortes sind Sie doch in den Wahlkampf gezogen!“ Und als er sich mit getäuschten Hoffnungen in der Mitte des Hauses auseinandersetzte, fand er dafür das schöne Bild, das man sich mit allen Einzelheiten ausmalen muß.

„Diese ansteigende Welle hat sich als ein Strohfeuer entpuppt.“

Das war der Tag, an dem Herr Müller zu seinem Leide Herrn Hölleins Dauerrednerfähigkeit kennen gelernt hat.

An einem andern Tag.

Im Saal war gähnende Leere. Ab und zu schaute jemand durch die Tür und verschwand wieder. Auf den Plätzen jeder Partei saßen vielleicht fünf bis sechs Abgeordnete. Es war Hölleins „Großer Tag“. In furchtbarer Aufregung, den Zeigefinger weit vorgestreckt, schrie er in den Saal, weit übergebeugt nach schräg rechts, da wo Stinnes sitzen sollte:

„Da schaut der nackte Pferdefuß des kapitalistischen Egoismus heraus, der auf keine Kuhhaut geht.“

Schallende Heiterkeit im weiten Saal und Zurufe. Aber Höllein läßt sich nicht verblüffen. Er schaut dem einen der Zurufer scharf ins Gesicht und brüllt ihn an: „Ja, bei Ihnen schaut auch schon der nackte Pferdefuß hervor!“ Wiederum schallendes Gelächter. —

So geht es den armen Abgeordneten, die zuviel reden. Denen passieren solche Stilblüten, und sie werden dann noch dafür ausgelacht.

Der eine meint: „Wir müssen über den Skalp des Ministers, den wir leider viel zu laut gefordert haben, erst etwas Gras wachsen lassen.“ Der andere beginnt weihevoll seine Rede: „Gestatten Sie, daß ich hier eine Sonderwurst ausgrabe.“ Dem dritten gelingt das entzückende Bildchen: „Sie haben eben zwei Busen in Ihrer Seele.“ Man lacht darüber. Man lacht auch über den Satz: „Der Erzeuger dieses Versuchskaninchens ist der Herr Kultusminister.“ Man ruft schaurig Hu, Hu, wenn es heißt: „Der Herr Vorredner hat der Weimarer Verfassung Stiche in das Rückgrat versetzt, die wie die Totenglocke klingen.“ Und man schreckt zurück, wenn festgestellt wird, daß der Reichstag dieses lange Gesetz, „diesen Riesenbandwurm mit großem Widerstreben geschluckt hat“. Will sich aber ein Redner „nicht auf die Geschmacklosigkeit des Glatteises verleiten lassen“, dann atmet man auf.

Doch die bösen Wähler lassen auch die Abgeordneten nicht in Ruhe, die überhaupt nicht reden. Als das Papier noch billiger war, wurden in den Wahlkämpfen gelegentlich Broschüren verbreitet, die draußen als Ueberschrift in fetten Buchstaben den Titel trugen: „Die Reichstagsreden des Herrn Abgeordneten XX“, und die dann innen nur weiße Blätter hatten. Offenbar aus Angst vor solchem Wahlmanöver ihrer Gegner hatten gegen Schluß der Nationalversammlung einige besorgte sächsische Wähler an ihren Abgeordneten einen Brief geschrieben, in dem sie ängstlich fragten, ob und wann denn der Herr Abgeordnete auch mal — reden werde. Sie hätten noch nie etwas von seiner Tätigkeit in der Nationalversammlung in der Zeitung gelesen. Es sei nun bald die höchste Zeit. Der Abgeordnete, der diesen Brief bekam, war ein Gemütsmensch. Er freute sich herzlich ob der Anhänglichkeit seiner Wähler und beschloß, sie nicht zu enttäuschen. Deshalb schrieb er ihnen einen Antwortbrief, der im engeren Kreise der beteiligten Gesinnungsfreunde eine gewisse Berühmtheit erlangt hat und der ungefähr folgendermaßen lautete:

Liebe Freunde!

Ihr müßt nicht meinen, daß die Arbeiten in der Nationalversammlung allein mit Reden gemacht werden. Ihr könnt bei allen meinen Fraktionskollegen anfragen, dann werdet Ihr erfahren, daß ich sogar einer der fleißigsten Abgeordneten bin und in Wirklichkeit viel mehr leiste als alle anderen Herren, die ab und zu eine schöne, aber meist überflüssige Rede halten. Bei uns herrscht eben Arbeitsteilung, und ich bin überzeugt, bei Eurer politischen Reife werdet Ihr es ohne weiteres begreifen, daß ich im Interesse der höheren Politik mich gerade in solcher Weise betätige.

Im übrigen aber stimmt es durchaus nicht, wenn Ihr meint, daß Ihr in der Zeitung noch nie etwas von mir gelesen hättet. Das meint Ihr nur, weil Ihr die fein durchgebildeten Arbeitsmethoden unserer Fraktion noch nicht kennt. Diese Arbeitsmethoden haben auch im Plenum zu einer gewissen Arbeitsteilung geführt, und da ist mir die Aufgabe überwiesen worden, immer die richtigen Zwischenrufe zu machen. Wenn also in der Zeitung steht: „Lärm rechts“, dann könnt ihr beruhigt annehmen, daß das Euer Abgeordneter gewesen ist.

So hatte dieser Abgeordnete an seine Wähler geschrieben. Sie sind ihm darob nicht böse geworden.

Handel und Börse.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt.

Mitteilungen des Bankhauses Gebr. Stern.

Dortmund, den 3. März 1926.

(Vor der Börse.) Die Berichtswoche hat dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte keine nennenswerten Veränderungen gebracht. Das Abhängigkeitsverhältnis des Marktes zu den großen Börsen trat noch schärfer als in den letzten Wochen hervor, denn trotz der sehr befriedigenden Berichte aus der Kali-Industrie unterlagen die Werte dieses Marktes auf die allgemeine Abschwächung der Börsen ebenso einem Rückgange wie der wenig günstige Bericht über die Lage des Kohlenmarktes fast spurlos am Kohlenmarkte vorüberging. Denn die Rückgänge auf diesem Gebiete waren auch nur der Ausfluß der Bewegung an den großen Börsen, und die leichte Erholung, die hier gegen Berichtsschluß einsetzte, übertrug sich auch ohne weiteres wieder auf den hiesigen Markt.

Von schweren Kohlenkuxen fanden nur in König Ludwig vereinzelte Umsätze statt. Die Preise für diese Werte erlitten gleichmäßige Abschwächungen von ℳ 2000.—. Von mittleren Werten verloren bei vereinzelten Umsätzen Graf Schwerin ℳ 500.—, Carolus Magnus, Diergardt und Wilhelmine Mevissen ℳ 200.—. Heinrich und Caroline stellten sich um ℳ 75.— und bei lebhaftem Geschäft Alte Haase gleichfalls um ℳ 75.— niedriger. Behauptet sind Gottessegen.

Größer war das Geschäft in Kohlenaktien, in denen an einzelnen Tagen ziemlich erhebliche Posten dem Verkehr entnommen wurden. Dieser erstreckte sich gleichmäßig auf Adler Bergbau, Dahlbusch, Lothringen, Niederrheinische Bergwerk und Präsident-Aktien. Ein Ueberblick über die Kursbewegung der Aktien ergibt fast gleichmäßige Rückgänge von 3—4 Proz.

Der Braunkohlenmarkt lag ruhig. Nur in Bellerhammer fanden bei leicht rückgängigen Kursen einzelne Umsätze statt. Mitteldeutsche Unternehmungen blieben vollkommen vernachlässigt.

Am Kalimarkte war der Verkehr leicht eingeschränkt und die Kurse an mehreren Tagen nominell. Soweit Umsätze stattfanden, bezogen sie sich auf die Spitzenwerte des Burbachkonzerns und auf Gumpelwerte, insbesondere auf Siegfried-Giesen und Hindenburg. Die Preise liegen um Kleinigkeiten unter dem vorwöchentlichen Stande. Die Gruppe der Winterhallwerte hatte nur sehr bescheidenes Geschäft. In Uebereinstimmung mit dem Kurse der Kali-Industrie-Aktie, die 4 Proz. schwächer schließt, lag die Kursbildung in den Kuxen unter der vorwöchentlichen Notierung. Von den sonstigen Kaliaktien wurden Krügershall, Niedersachsen und Wittekind bis zu um 3 Proz. nachgebenden Preisen gehandelt. Die lebhafteste Kursbewegung war in Ronnenberg-Aktien, die auf stärkere Verkäufe zunächst 15 Proz. nachgeben mußten, um später wieder 8 Proz. davon einzuholen.

Am Markt der Industrie-Aktien stellten sich Kabelwerk Rheydt bei mehrfachen Käufen um etwa 2 Proz. höher. Vorübergehend erzielten auch Rhein.-Westfälische Elektrizität eine solche Steigerung, ohne sich indes aufrecht erhalten zu können. Elsa Zement-Aktien hielten sich bei kleinen Schwankungen auf ihrem letzten Stande.

—oo—

Börsen und Märkte

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt vom 3. März. Auftrieb: 797 Stck. Großvieh, 199 Schweine, 30 Kälber, 1 Ziege. Der Handel war in Großvieh in guten Tieren mittel, sonst langsam. Es kosteten Kühe 200—580, Rinder 150—400 ℳ. Sämtliches zum Markt aufgetrieben gewesenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund“ und ine Nummer tragen. Es sind die Nummern 63 895—64 709 ausgegeben worden. Am Schweinemarkt war der Handel lebhaft. Es kosteten Ferkel im Alter von 6 bis 8 Wochen 30—42, von 8 bis 10 Wochen 32—65, von 10 bis 12 Wochen 65—90, Läuferschweine 90—105 ℳ. Der nächste Markt findet am 10. März statt.

Konzert

Ueber das Konzert von

Karl Heinz Lohmann

schreibt die „Hagener Zeitung“:

Man muß Heinz Lohmann und Heinz Schüngeler danken, daß sie uns Schuberts „Winterreise“, diese so seltsam reifen und einzig dastehenden Lieder, brachten. Und man muß ihnen besonders danken, daß sie die Lieder in so vollendeter Form brachten.

Karl Heinz Lohmann ist ein feiner Künstler. Wie er nicht nur jedes Lied tief musikalisch sang, sondern auch die Stimmung ein jedesmal aufs feinste traf, das war bewunderungswürdig. Es gehört wahrlich künstlerisches Vermögen dazu, die eigenartigen, seltsam wehmütigen und ganz individuellen Stimmungen dieser Lieder zu erfassen. Karl Heinz Lohmann hat dies künstlerische Vermögen.

Wenn Heinz Schüngeler die in so wundersam klarem Klaviersatz gehaltene Begleitung der Lieder spielt, so merkt man den Ton-Poeten auf Schritt und Tritt, so fühlt man, wie nahe er zu Schubert kam. Eine seltsam schöne Leuchtkraft bekommt die Begleitung unter Schüngelers Händen, das kleinste Motiv strahlt Poesie aus, und überall klingt Schuberts Seele, die hier so eigenartig und einsam anmutet. Das feine Empfinden, das Seelische, dies Erkennen von Schubert, das aus Schüngelers Spiel sprach, dies Beleuchten von Schuberts feiner und reifer Seele, das alles machte Schüngelers Spiel groß.

So hörte man die „Winterreise“. Man erlebte sie, dank dem feinen Vortrag der beiden Künstler. Man hörte, wie Schubert im Innersten war, hörte aus den Liedern eine heimliche Seelen-Tragödie des wundersamsten aller Lieder-Sänger heraus — Es war ein musikalisch sehr tiefer Abend.

Briefkasten.

St. 100. Das ist eine sehr verzwickte Angelegenheit und wir empfehlen Ihnen, sich diesbezüglich an einen Rechtsanwalt zu wenden.

Dem Einsender des Poem A. Mettes. Eingesandts ohne Unterschrift werden ein- für allemal nicht berücksichtigt. Das gilt auch in diesem Falle.

Verantwortl. für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.